



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 3

März 1964

Blick auf morgen: „Belastung“ der Erwerbsbevölkerung

Grafik des Monats: Industrialisierungsgrad und Steueraufkommen

Aufsätze: Bevölkerung nach dem Lebensunterhalt

Wasserversorgung der Industrie

21 Gewerbesteuerpflichtige 1961

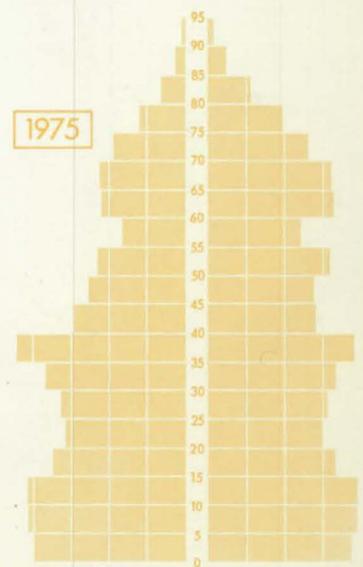
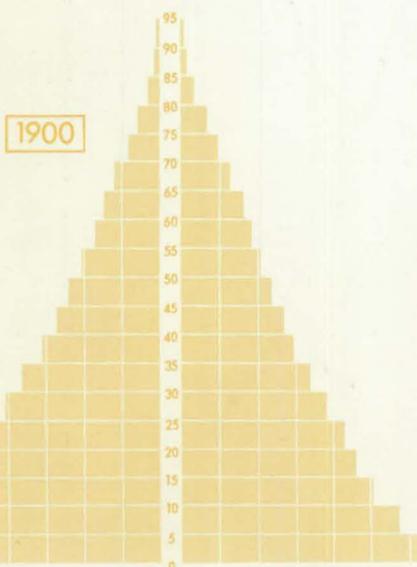
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Baumschulen 1962 und 1963

Kurzberichte: Verkehr der Bundesbahn 1962

Beilage: Berufspendler in den Kreisen

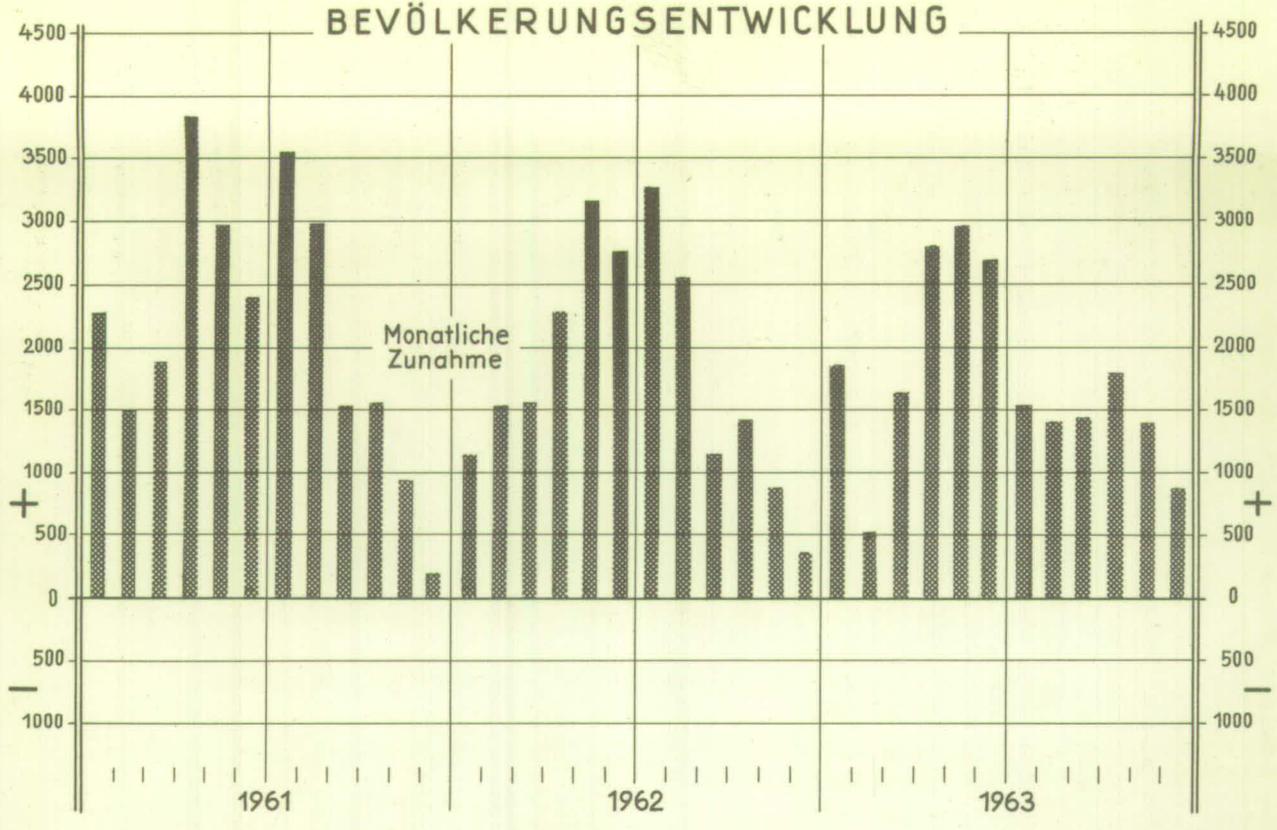
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



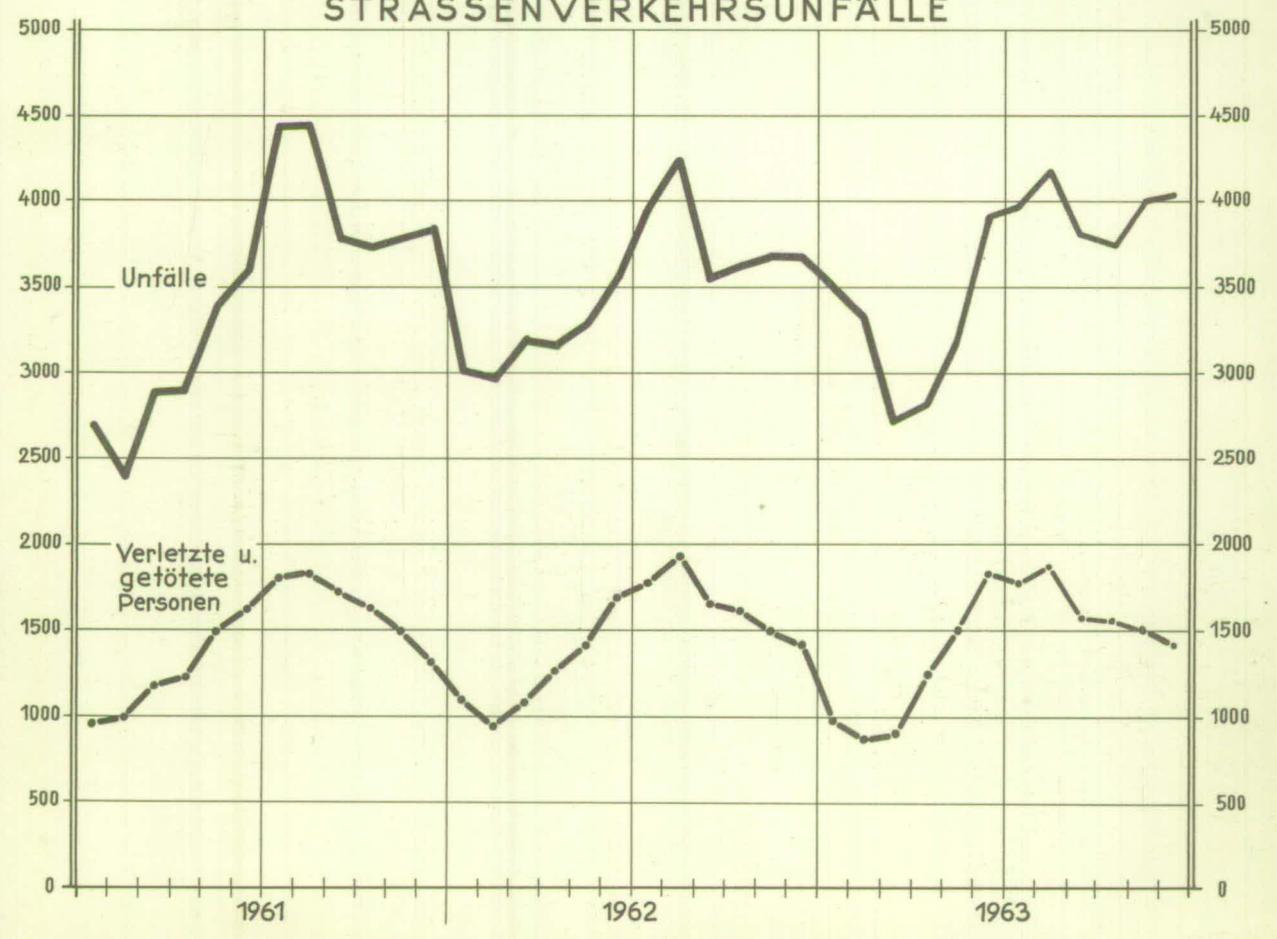
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 3

März 1964

Aktuelle Auslese



KUNSTSTOFFVERARBEITUNG – KRÄFTIG EXPANDIEREND

Im Jahre 1963 beschäftigten sich 25 Betriebe in Schleswig-Holstein überwiegend mit der Verarbeitung von Kunststoffen aller Art. Hinzu kamen noch 12 Betriebe, in denen neben anderen Produkten auch Kunststoffe weiter verarbeitet wurden. Wie sich dieser Industriezweig in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt die folgende Tabelle: – Beteiligte (technische) Einheiten –

Jahr	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz Mill. DM
1955	7	141	2
1960	19	598	21
1961	24	902	28
1962	31	1 277	41
1963	37	1 704	55

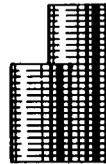
SOZIALER WOHNUNGSBAU 1963



Von den im Jahre 1963 rund 25 600 neu erbauten Wohnungen in Schleswig-Holstein sind rund 11 600 (= 45 %) mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Dieses Ergebnis liegt unter dem des Jahres 1962 mit rund 12 600 Wohnungen (= 48 %).

BAUÜBERHANG ENDE 1963

Am Jahresende 1963 bestand der Bauüberhang in Schleswig-Holstein aus rund 37 800 Wohnungen, von denen fast die Hälfte (46 %) rohbaufertig war. Bei einem Viertel der Wohnungen war mit dem Bau noch nicht begonnen worden. – Trotz des guten Bauergebnisses von rund 25 600 fertiggestellten Wohnungen war der Bauüberhang um 9 % höher als Ende 1962. Im Vergleich zu 1962 ist aber 1963 ein höherer Fertigungsgrad der als Bauüberhang erfaßten Wohnungen erreicht worden.



KOMMUNALE BAUINVESTITIONEN 1963

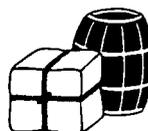
Im Jahre 1963 beliefen sich die Bauinvestitionen der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern auf 234 Mill. DM. Die Investitionen nahmen damit gegenüber 1962 um 18 % zu. Im Jahre 1962 hatte die Zuwachsrate 16 % betragen. – Der Schwerpunkt der Bauinvestitionen lag in erster Linie beim Straßenbau, der ein Drittel dieser Ausgaben beanspruchte. Weitere 14 % wurden für den Schulbau verwendet und 12 % wurden als Darlehen an Eigenbetriebe für Bauinvestitionen weitergeleitet. – Die kreisfreien Städte gaben 1963 119 Mill. DM für Bauinvestitionen aus, die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern 64 Mill. DM und die Landkreise 51 Mill. DM.

STEUERAUFKOMMEN 1963



Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein gut 2,4 Mrd. DM an Landes- und Bundessteuern eingenommen. Die Steuereinnahmen waren damit um 6 % höher als 1962. – Von den Einnahmen entfielen 791 Mill. DM auf die Landessteuern; sie erhöhten sich gegenüber 1962 um 9 %. – An Gemeindesteuern kamen 1963 gut 380 Mill. DM auf, 9 % mehr als 1962. Von den Einnahmen entfielen 1963 rund 63 % auf die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.

AUSFUHR 1963



Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein – nach einem vorläufigen Ergebnis – für 1 152 Mill. DM Waren ausgeführt, das sind 172 Mill. DM (18 %) mehr als im Jahre 1962. Die Ausfuhr von Schiffen, die in den letzten Jahren zurückgegangen war, ist wieder angestiegen, und zwar gegenüber 1962 um 27 %. Für die übrigen Ausfuhrgegenstände ergab sich eine Zuwachsrate von 13 %.

Blick auf morgen

"Belastung" der Erwerbsbevölkerung

Es ist bereits mehrfach erwähnt worden, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins in den kommenden Jahren voraussichtlich ansteigen wird. Dabei wird der Anteil der Einwohner im erwerbsfähigen Alter an allen Einwohnern abnehmen. Rechnet man die älteren Menschen und die unter 15jährigen als eine "Belastung" für die im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerung, so ergeben sich auf 1 000 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren – wobei allerdings für die Frauen die Grenze bei 60 Jahren gelegt wurde¹ – folgende Quoten:

	1. Januar		Veränderung
	1961	1976	
Kinder bis zu 14 Jahren	338	414	+ 22 %
65jährige und ältere Männer sowie 60jährige und ältere Frauen	263	328	+ 25 %
Belastungsquote	601	743	+ 24 %

1) nach H. Schubnell "Der Trend der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland", Vortrag 1963

Die vorstehenden Zahlen bedeuten, daß 1976 auf 1 000 im erwerbsfähigen Alter stehende Personen voraussichtlich 743 zu unterhaltende Personen entfallen werden, das sind 24 % mehr als 1961. Daß die Älteren an der Entwicklung dieser Belastungsquote etwas stärker beteiligt sind als die Jugendlichen, zeigen die Abweichungen in der prozentualen Zunahme. Nimmt man nun an, daß in den kommenden Jahren alle Jugendlichen infolge Verlängerung der Ausbildung erst mit dem vollendeten 18. Lebensjahr in das Erwerbsleben eintreten werden, so würde die "Belastungsquote" im Jahre 1976 nicht 743, sondern 930 betragen. Diese Verschiebungen im Altersgefüge der Bevölkerung müssen von den Politikern, vor allem den Sozialpolitikern, sorgfältig beobachtet werden. Von unserem Wirtschaftssystem her gesehen, das durch die steigende Produktivität besticht, dürften diese demographischen Veränderungen kaum als untragbar empfunden werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß sich das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein – in Preisen von 1954 gerechnet – im Jahrzehnt 1950 bis 1959 je Kopf der Bevölkerung mehr als verdoppelt hat. Außerdem scheiden auch nicht alle Erwerbstätigen beim Erreichen der gesetzlich festgelegten Altersgrenze aus dem Arbeitsprozeß aus. Von 100 über 65 Jahre alten Männern waren 1961 in Schleswig-Holstein noch 17 erwerbstätig, bei den über 60 Jahre alten Frauen betrug der Anteil 7 %. Daß die wertvollen Erfahrungen der Älteren für die Wirtschaft nicht zu unterschätzen sind, sei hier nur am Rande erwähnt.

Aus dem Inhalt

Bevölkerung nach dem Lebensunterhalt

Seite 56

Von den 2,3 Mill. Einwohnern, die 1961 in Schleswig-Holstein lebten, bestritten 921 000 ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, 4 000 lebten vom Arbeitslosengeld, 398 000 von eigener Rente, Pension oder von Erträgen aus eigenem Vermögen, und 994 000 wurden durch Angehörige unterhalten. 85 % dieser wirtschaftlich abhängigen Angehörigen besaßen dabei einen Ernährer mit einem Einkommen aus Erwerbstätigkeit. – Werden die von ihren Angehörigen wirtschaftlich abhängigen Personen der Unterhaltsquelle des Ernährers zugeordnet, so zeigt sich, daß 1961 drei Viertel aller schleswig-holsteinischen Einwohner von Einkünften aus Erwerbstätigkeit lebten und mehr als ein Fünftel von Rente und dergleichen. – Von den 1,0 Mill. Erwerbstätigen, die es 1961 in Schleswig-Holstein gab, leiteten 921 000 den Lebensunterhalt auch tatsächlich aus ihrer Tätigkeit ab. Von den restlichen 97 000 lebten 21 000 hauptsächlich von eigener Rente, während 75 000 vorwiegend von Angehörigen versorgt wurden. Es handelt sich hierbei vor allem um Lehrlinge sowie Ehefrauen mit geringfügigem Erwerbseinkommen. Von den 7 000 Erwerbslosen, die es 1961 gab,

bestritten 4 000 ihren Lebensunterhalt überwiegend vom Arbeitslosengeld. Von den 1,3 Mill. Nichterwerbsfähigen lebten 375 000 von eigener Rente und 918 000 vom Einkommen eines Angehörigen. – Der wichtigste Wirtschaftsbereich, in dem die Ernährer ihrem Beruf nachgehen, ist das "Produzierende Gewerbe". Von den 1,8 Mill. Einwohnern, deren wirtschaftliches Auskommen von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit oder der eines Familienangehörigen herührte, verdankten 41 % diesem Bereich ihren Lebensunterhalt. – Werden die vorstehend genannten 1,8 Mill. Einwohner nach der eigenen oder des Ernährers Stellung im Beruf geordnet, so erweisen sich die Arbeiter mit ihren wirtschaftlich abhängigen Angehörigen mit 48 % als größte soziale Gruppe.

Wasserversorgung der Industrie

Seite 59

Im Jahre 1961 standen den 1 529 Industriebetrieben Schleswig-Holsteins, die Wasser verbrauchten, rund 112 Mill. m³ Wasser zur Verfügung. Etwa neun Zehntel dieser Menge wurden von den Betrieben selbst gefördert. Mehr als

die Hälfte dieses selbstgeförderten Wassers stammte aus dem Grundwasser und aus Quellen. – Von der verfügbaren Wassermenge von 112 Mill. m³ wurden gut 100 Mill. m³ für betriebliche Zwecke genutzt. – Der größte Teil des nutzbaren Wassers, und zwar 53 Mill. m³, diente als Kühlwasser, gut ein Drittel fand als Fabrikationswasser Verwendung. – Die Betriebe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sind sowohl an der Förderung als auch an der Wassernutzung maßgeblich beteiligt. Große Wasserverbraucher sind die Papierfabriken und auch die Betriebe der Industriegruppe Steine und Erden. – Im Jahre 1961 hatten 95 Betriebe ein Kreislaufwassersystem im Gebrauch. – Von der gebrauchten Wassermenge gelangte nur etwa ein Fünftel in die öffentliche Kanalisation, vier Fünftel flossen in Gewässer oder den Untergrund.

Gewerbsteuerpflichtige 1961 Seite 62

Im Jahre 1961 wiesen in Schleswig-Holstein über 63 000 Unternehmen einen Gewerbeertrag von mindestens 2 500 DM und ein Gewerbekapital von mindestens 6 000 DM nach. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1958 leicht erhöht. Der Gewerbeertrag belief sich auf insgesamt 1,5 Mrd. DM und das Gewerbekapital auf 3,6 Mrd. DM. Die schleswig-holsteinischen Gewerbebetriebe erwirtschafteten 1961 einen um fast zwei Fünftel höheren Ertrag als drei Jahre zuvor. – Die wirtschaftliche Struktur des Landes hat sich zwischen 1958 und 1961 im wesentlichen nicht geändert und somit auch nicht die wirtschaftliche Gliederung der gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen. Daher kann unterstellt werden, daß auch 1961 ein Drittel der 63 000 Steuerpflichtigen dem Produzierenden Gewerbe angehörten und daß diese etwa die Hälfte des gesamten Gewerbeertrags erbrachten. Gut ein Drittel der Steuerpflichtigen werden im verteilenden Gewerbe (Groß- und Einzelhandel) tätig gewesen sein und ein Drittel des gesamten Gewerbeertrags erwirtschaftet haben.

Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte Seite 67

In den 12 Wirtschaftsjahren von 1950/51 bis 1962/63 stieg der Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Bundesgebiet von 77,1 auf 104,6. Das durchschnittliche Preisniveau der Agrarerzeugnisse er-

höhte sich also in dem betrachteten Zeitraum um 36 %. Von der gesamten Preissteigerung um reichlich ein Drittel ereigneten sich mehr als drei Viertel in den ersten sechs Jahren und nur knapp ein Viertel in den letzten sechs Jahren. – In dem Zeitraum 1950/51 bis 1962/63 erhöhte sich das durchschnittliche Niveau der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel um 38 %.

Baumschulen 1962 und 1963 Seite 71

1961 gab es in Schleswig-Holstein 796 Betriebe, die auf einer Fläche von 1 759 ha Hochbaumschulerzeugnisse produzierten. Von diesen Baumschulen zogen drei Viertel Rosen oder Rosenunterlagen heran. – Mehr als die Hälfte der Hochbaumschulfläche wurde von den Laub- und Nadelgehölzen für Straßen, Parks und Gärten eingenommen, weitere 29 % von Rosen und Rosenunterlagen. Die Obstgehölze beanspruchten lediglich 14 % der Hochbaumschulfläche. – Die Bestände der einzelnen Pflanzenarten in den Baumschulen haben sich in den Jahren 1962 und 1963 zum Teil recht unterschiedlich verändert. Auffallend vermindert wurden in den beiden Jahren die Bestände an heranwachsenden Obst- und Ziergehölzen, während auf der anderen Seite die Bestände an Rosenunterlagen von 1962 bis 1963 stark zugenommen haben.

Verkehr der Bundesbahn 1962 Seite 75

Im Bereich der Bundesbahndirektion Hamburg, zu dem neben Schleswig-Holstein und Hamburg auch der nördliche Teil Niedersachsens zählt, sind während des Jahres 1962 die Betriebsleistungen gegenüber 1961 wieder angestiegen. Insgesamt wurden 1962 36,2 Mill. Zugkilometer und 1 327 Mill. Wagenachskilometer gefahren. Im Jahre 1961 sind es nur 36,1 Mill. und 1 311 Mill. Zug- bzw. Wagenachskilometer gewesen. Im Reisezugverkehr sind während des Jahres 1962 sogar die Betriebsleistungen gegenüber 1961 zurückgegangen. Dem steht jedoch die Zunahme im Güter- und Dienstzugbetrieb gegenüber, dessen Leistungen stärker angestiegen sind, als sie im Reisezugverkehr abgenommen haben. – Die beförderte Personenzahl nahm im Jahre 1962 im Schienenverkehr weiter ab, während die Zahl der Personen, die mit Kraftomnibussen befördert wurde, gleichzeitig anstieg.

Die Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

Nicht alle Erwerbstätigen leben überwiegend von ihrer Arbeit. Manche beziehen neben dem Erwerbseinkommen auch Rente oder Ruhegehalt, andere erhalten Miet- oder Pachteinnahmen oder nutzen auf sonstige Weise ihr Vermögen. Außerdem werden nicht wenige Erwerbstätige von ihren Angehörigen wirtschaftlich unterstützt, z. B. solche Lehrlinge, deren Vergütung ihren Lebensunterhalt nicht sicherstellt.

Die gleiche Vielfalt an Unterhaltsquellen steht auch den nicht am Erwerbsleben Beteiligten zur Verfügung. Auch sie können mehrere Einkünfte beziehen, ein Ruhegehaltsempfänger z. B. neben seiner Pension noch Mieteinnahmen. Die meisten leben jedoch vom Unterhalt durch Angehörige.

Das Material der Volks- und Berufszählung von 1961 gestattet einen Einblick in diese Zusammenhänge, da sowohl nach der Beteiligung am Erwerbsleben als auch nach dem überwiegenden Lebensunterhalt gefragt worden war, die Angaben zu beiden Fragen somit verknüpft werden konnten.¹

In Schleswig-Holstein wurden 1,0 Mill. Erwerbstätige, 7 000 Erwerbslose und 1,3 Mill. Nichterwerbspersonen - zur Hauptsache Kinder, Hausfrauen und Rentner - gezählt.

Der überwiegende Lebensunterhalt der 2,3 Mill. Einwohner bestand in

Einkünften aus eigener Erwerbstätigkeit	für 921 000 Pers. (40 %)
Arbeitslosengeld/-hilfe	" 4 000 " (0 %)
eigener Rente, Pension, Erträgen	
aus eigenem Vermögen ²	" 398 000 " (17 %)
Unterhalt durch Angehörige	" 994 000 " (43 %)

Diese Aufgliederung läßt sich auch aus dem linken Teil des folgenden Bildes ablesen.

85% der 994 000 wirtschaftlich abhängigen Angehörigen besitzen einen Ernährer mit einem Einkommen aus Erwerbstätigkeit. 121 000 (12%) werden von einem Bezieher einer Rente und 3 000 von einem Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe versorgt. Für die restlichen 23 000 Fälle (2%) konnte die Unterhaltsquelle des Ernährers den Unterlagen nicht entnommen werden.

Werden die von ihren Angehörigen wirtschaftlich abhängigen Personen der Unterhaltsquelle des Ernährers zugeordnet, so läßt sich auf einen Blick sehen, welche Bedeutung die einzelnen Einkommensarten besitzen (rechter Teil

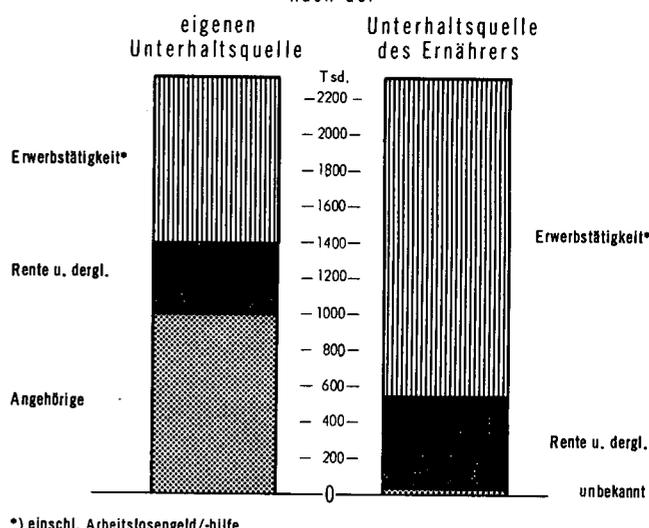
1) Die entscheidenden Fragen der Haushaltsliste waren

Frage 12: "Sind Sie in irgendeiner Weise erwerbs- oder berufstätig, hauptberuflich oder nur nebenher, auch mithelfend im Familienbetrieb?" und

Frage 14: "Woraus beziehen Sie gegenwärtig überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt?"

2) im folgenden wird hier nur der Einfachheit halber die Rente angeführt

D - 3351 BEVÖLKERUNG AM 6. JUNI 1961 nach der



*) einschl. Arbeitslosengeld/-hilfe

des Bildes). 1,8 Mill. Einwohner leben hauptsächlich von Einkünften aus Erwerbstätigkeit, 7 000 sind auf Arbeitslosengeld/-hilfe angewiesen, während Renten für 519 000 Rentner, Ruhegehaltsempfänger usw. einschließlich Angehöriger die materielle Lebensgrundlage darstellen. Drei Viertel aller schleswig-holsteinischen Einwohner leben somit von Einkünften aus Erwerbstätigkeit, mehr als ein Fünftel von Renten und dergleichen.

Kombiniert man die Angaben über die Beteiligung am Erwerbsleben mit denen über den Lebensunterhalt, so lassen sich die Unterhaltsquellen für Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen aufzeigen. Aus der folgenden Tabelle kann ersehen werden, daß von den 1,0 Mill. Erwerbstätigen 921 000 den Lebensunterhalt auch tatsächlich aus ihrer Tätigkeit ableiten. Von den restlichen 97 000 leben 21 000 hauptsächlich von eigener Rente, 75 000 werden vorwiegend von Angehörigen versorgt. Es handelt sich hierbei vor allem um Lehrlinge sowie Ehefrauen mit geringfügigem Erwerbseinkommen. Von ihnen verdanken 63 000

Die Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt und der Beteiligung am Erwerbsleben am 6. Juni 1961

	Bevölkerung insgesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt			
		aus eigener Erwerbstätigkeit	aus Arbeitslosengeld/-hilfe	aus Rente u. dgl.	durch Angehörige
in 1 000					
Erwerbstätige	1 018	921	0	21	75
Erwerbslose	7	-	4	1	2
Nichterwerbspersonen	1 293	-	-	375	918
Bevölkerung insgesamt	2 317	921	4	398	994

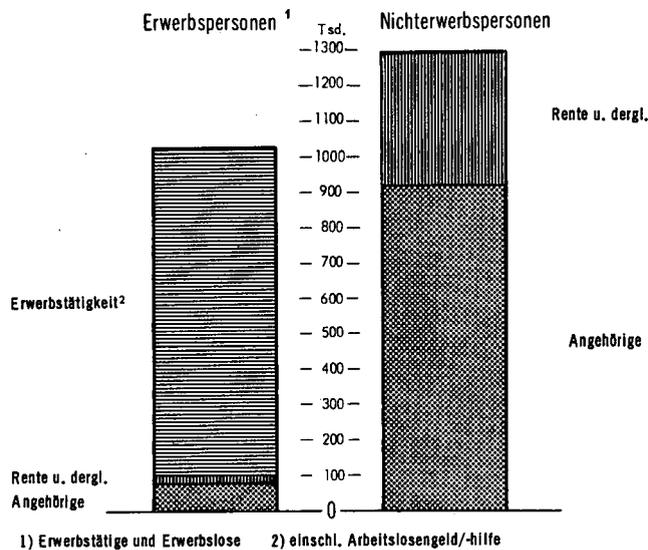
ihren Lebensunterhalt der Berufstätigkeit des Ernährers und 10 000 dessen Rente. Für 2 000 Personen blieb die Unterhaltsquelle des Versorgers unbekannt.

Für die meisten der 7 000 Erwerbslosen bildet das Arbeitslosengeld die Lebensgrundlage, 1 000 beziehen eine Rente und 2 000 werden von Angehörigen unterhalten.

375 000 (29%) der 1,3 Mill. Nichterwerbspersonen leben von eigener Rente und 918 000 (71%) vom Einkommen eines Angehörigen. 784 000 dieser wirtschaftlich Abhängigen bietet die Erwerbstätigkeit des Ernährers ein Auskommen, 3 000 dessen Arbeitslosengeld/-hilfe und 110 000 dessen Rente. Für 20 000 war der Lebensunterhalt des Versorgers nicht zu ermitteln.

D - 3352

BEVÖLKERUNG AM 6. JUNI 1961 nach dem Lebensunterhalt



Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit³

Die 1,8 Mill. Einwohner, deren wirtschaftliches Auskommen von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit oder der eines Familienangehörigen herrührt, lassen sich nach den Wirtschaftsbereichen ordnen, in denen die Ernährer ihrem Beruf nachgehen. Die Bedeutung, die die Wirtschaftsbereiche für diesen Teil der Bevölkerung haben, soll nun aufgezeigt werden.

Der wichtigste Wirtschaftsbereich ist danach das "Produzierende Gewerbe", dem mit 727 000 Einwohnern 41% der oben genannten 1,8 Mill. Personen ihren Lebensunterhalt verdanken. Zwei Drittel von ihnen leben vom Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe). Hierzu gehören z. B. alle industriellen und handwerklichen Betriebe, die Maschinen herstellen, montieren

oder instandsetzen, die Schiffs- und Bootswerften, die Produktionsstätten und Reparaturwerkstätten für elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Möbelfabriken und Tischlereien, die Herstellung von Oberbekleidung und Wäsche und das gesamte Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Von dem restlichen Drittel haben 216 000 Einwohner ihr Auskommen im Baugewerbe (einschl. Ausbau- und Bauhilfsgewerbe) gefunden und 23 000 leben von einem Einkommen, das aus der Energiewirtschaft, der Wasserversorgung oder dem Bergbau stammt.

Vom "Handel und Verkehr" leben 336 000 Personen (19%), und zwar vom Groß- und Einzelhandel und der Handelsvermittlung 191 000 und vom Verkehr und der Nachrichtenübermittlung 145 000 Einwohner. Zur Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung rechnen z. B. Bundesbahn und Bundespost, das Straßenverkehrsgewerbe und die See- und Binnenschifffahrt.

246 000 (14%) der 1,8 Mill. Einwohner ziehen ihren Lebensunterhalt aus der Land- und Forstwirtschaft, der Gärtnerei, der Tierhaltung, Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei.

Den "Sonstigen Wirtschaftsbereichen" sind 406 000 Bewohner (23%) zuzurechnen. Darunter

Die Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit¹ des Ernährers nach dem Wirtschaftsbereich am 6. Juni 1961

Wirtschaftsbereich	in 1 000	in %
Insgesamt	1 776	100
darunter, ² im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	246	13,8
Produzierendes Gewerbe	727	40,9
davon in der Abteilung Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	23	1,3
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	488	27,5
Baugewerbe	216	12,1
Handel und Verkehr	336	18,9
davon in der Abteilung Handel	191	10,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	145	8,2
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	406	22,9
davon in der Abteilung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30	1,7
Dienstleistungen, soweit nicht an anderer Stelle genannt	184	10,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	31	1,7
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	162	9,1

1) einschließlich Arbeitslosengeld/-hilfe 2) ohne Soldaten und die von ihnen wirtschaftlich abhängigen Angehörigen und die Fälle fehlender Angabe

3) einschließlich Arbeitslosengeld/-hilfe

gehören allein 184 000 der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen an.

Die Ernährer üben ihre Tätigkeit hier z. B. im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, bei wissenschaftlichen Instituten, Unterrichtsanstalten u. dgl., bei Theater, Film, Funk und Fernsehen sowie im Gesundheitsdienst aus. Für 162 000 Schleswig-Holsteiner stammt das Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit in der Wirtschaftsabteilung Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Hierzu gehören die Dienststellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden sowie sonstiger Gebietskörperschaften, nicht jedoch deren wirtschaftliche Unternehmen, zu denen auch Bundesbahn und Bundespost gerechnet werden. Diese wirtschaftlichen Unternehmen der öffentlichen Hand werden zusammen mit den anderen Unternehmen unter den Wirtschaftsabteilungen nachgewiesen, in die sie ihrem Tätigkeitsgebiet nach gehören. Z. B. zählen Bundesbahn und Bundespost zur Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Stadtparkassen zur Abteilung Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. Bestimmte Anstalten und Einrichtungen der Gebietskörperschaften und der Träger der Sozialversicherung, z. B. solche für Erziehung, Bildung und Sport, werden in die Abteilung Dienstleistungen eingeordnet. Gering an Zahl sind die Einwohner, die ihren Lebensunterhalt aus einer Tätigkeit bei Organisationen ohne Erwerbscharakter und Privaten Haushalten und bei Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe beziehen.

Die 1,8 Mill. Einwohner mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit lassen sich auch nach der eigenen oder des Ernährers Stellung im Beruf ordnen. Danach erweisen sich die Arbeiter mit ihren wirtschaftlich abhängigen Angehörigen mit 844 000 Personen oder 48% als größte soziale Gruppe. Ihnen können noch die 15 000 Einwohner hinzugerechnet werden, die ihren überwiegenden Unterhalt als gewerblicher Lehrling, Anlernling oder Praktikant verdienen.

Die Personen, deren Lebensgrundlage in einem am Zählungstichtag bestehenden oder vor der Arbeitslosigkeit gültigen Angestelltenverhältnis beruht, folgen mit 362 000 oder 20%. Ihre Zahl erhöht sich auf 371 000, wenn man die hauptsächlich von ihrer Erwerbstätigkeit lebenden kaufmännischen und Verwaltungslehrlinge hinzurechnet. Die drittstärkste soziale Gruppe stellen die Selbständigen und die von ihnen versorgten Angehörigen mit 268 000 Personen oder 15% dar. 140 000 Einwohner (8%) bestreiten ihren Lebensunterhalt aus Beamtengehältern. Durch die eigene Mithilfe oder die des Versorgers im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines Familienangehörigen finden 78 000 (4%) Personen ihr Auskommen.

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus den übrigen Unterhaltsquellen

519 000 Einkommensträger und Angehörige ziehen, wie erwähnt, ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus anderen Quellen als Erwerbstätigkeit und Arbeitslosengeld/-hilfe. Allein 479 000 Einwohner werden von Renten- und Fürsorgeleistungen und Beamtenruhegehältern einschließlich Witwen- und Waisengeldern versorgt. Für 31 000 Personen ist ein Vermögen oder ähnliches ausschlaggebend. Sie leben zum Beispiel von Miet- oder Pachteinahmen, von Kapitalerträgen oder von einem Altenteil. 9 000 Einwohner sind auf Stipendien, Alimente und ähnliche Einkünfte angewiesen.

Altersaufbau und Unterhaltsquellen

Daß mit 22% mehr als ein Fünftel der Bevölkerung von Rente lebt, hat mehrere Gründe. Einer ist der hohe Anteil der Alten, ein anderer die große Zahl von Kriegswitwen und -waisen.

Vergleicht man den Anteil der von Rente lebenden Personen von Kreis zu Kreis, so zeigt sich deutlich der Einfluß der jeweiligen Altersstruktur. Je zahlreicher unter der Bevölkerung die 65 und mehr Jahre alten Einwohner sind, desto gewichtiger ist, wie leicht einzusehen ist, die Unterhaltsquelle Rente, und umso weniger dominieren die Erwerbseinkünfte.

Die Unterhaltsquellen in Abhängigkeit vom Alter

Kreis	Anteil der		
	Personen von 65 und mehr Jahren	von Rente u. dgl. lebenden Bevölkerung ¹	von Erwerbstätigkeit lebenden Bevölkerung ^{1 2}
KREISFREIE STADT			
Südtondern	10,8	17,7	81,0
Pinneberg	11,5	19,0	80,5
Flensburg-Land	12,1	20,5	78,5
Oldenburg (Holst.)	12,2	22,7	76,4
Stormarn	12,3	21,0	78,4
Husum	12,6	20,8	78,5
Plön	12,6	21,4	77,7
NEUMÜNSTER	12,7	22,4	76,9
Rendsburg	12,9	22,3	77,0
Segeberg	13,0	22,5	76,7
Eckernförde	13,0	23,4	75,1
Hzgt. Lauenburg	13,3	22,8	76,5
Eiderstedt	13,4	20,8	76,1
LÜBECK	13,4	23,4	75,7
FLENSBURG	13,5	23,7	75,3
Eutin	13,6	23,7	75,2
Schleswig	13,7	25,1	73,7
KIEL	13,9	23,1	75,0
Norderdithmarschen	14,0	23,2	75,5
Süderdithmarschen	14,1	24,0	75,2
Steinburg	14,3	24,7	74,8
Schleswig-Holstein	13,0	22,4	76,6

1) einschließlich wirtschaftlich abhängiger Angehöriger

2) einschließlich Arbeitslosengeld/-hilfe

Allerdings spielt, wie weiter unten gezeigt wird, auch die Wirtschaftsstruktur, insbesondere der Anteil der bis ins höhere Lebensalter tätigen Selbständigen, eine Rolle.

In Südtondern, dem Kreis mit dem geringsten Anteil an alten Menschen (11%), leben mit 18% relativ die wenigsten Einwohner von Rente und mit 81% relativ die meisten von Erwerbstätigkeit. In Steinburg dagegen, dem Kreis mit dem höchsten Anteil an Alten (14%), ist für 25% der Bewohner eine Rente die wirtschaftliche Lebensgrundlage und für 75% sind es Einkünfte aus Erwerbstätigkeit. Nur im Kreis Schleswig ist die Rente als Unterhaltsquelle noch bedeutender.

Betrachtet man nur den Anteil der von Rente lebenden Personen unter den 65 und mehr Jahre Alten, der zwischen 93% in den kreisfreien Städten und 84% in Eiderstedt und Südtondern schwankt, so zeigt sich der Einfluß, der von der wirtschaftlichen Struktur ausgeht. Von den

alten Einwohnern sind in den kreisfreien Städten noch 6% erwerbstätig, in Eiderstedt jedoch 16% und in Südtondern sogar 18%. Diese Unterschiede im Grad der Beteiligung am Erwerbsleben rühren vor allem von den Selbständigen her. Betriebliche Notwendigkeiten und andersartige Altersversorgung lassen sie länger im Erwerbsleben stehen als Beamte, Angestellte und Arbeiter. Über die Hälfte aller Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren sind daher selbständig. In den Kreisen, in denen die Wirtschaft mehr landwirtschaftlich orientiert ist, liegt der Anteil der Selbständigen unter den Alten dabei höher als in den kreisfreien Städten, weil zu den gewerblichen noch die bäuerlichen Betriebe hinzukommen. In Südtondern und Eiderstedt z. B. finden sich unter den 65 und mehr Jahre alten Einwohnern 12% Selbständige, in den Stadtkreisen dagegen nur 3%.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Wasserversorgung der Industrie 1961

Im Rahmen der Zusatzerhebung zum Industriebericht werden bei den Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten in zweijährigem Turnus das Wasseraufkommen, der Wasserverbrauch und verschiedene andere damit in Verbindung stehende Daten ermittelt. Zur Qualität der Ergebnisse ist zu bemerken, daß sie in größerem Umfang auf Schätzungen beruhen, da exakte Messungen - aus der Natur der Sache heraus - nicht immer vorgenommen werden, häufig auch gar nicht möglich sind. Dem Zweck, Größenordnungen zu vermitteln, auf den es hier in erster Linie ankommt, dürfen die Ergebnisse aber vollauf genügen.

Wasseraufkommen

Im Jahre 1961 standen den 1 529 Industriebetrieben mit Wasserverbrauch rund 112 Mill. m³ Wasser zur Verfügung. Etwa neun Zehntel dieser Menge wurden von den Betrieben selbst gefördert (Eigenförderung) und nur knapp ein Zehntel aus dem öffentlichen Versorgungsnetz oder von anderen Betrieben bezogen (Fremdbezug).

Mehr als die Hälfte (53%) des selbstgeförderten Wassers stammte aus dem Grundwasser und aus Quellen. Aus Flüssen, Bächen, Seen und Teichen (Oberflächenwasser) wurden weitere 43 Mill. m³ (38%) entnommen. Aufgefangenes Regenwasser wird nur in ganz geringem Umfang verwendet.

Wasseraufkommen (Eigenförderung und Fremdbezug)

	1957		1959		1961	
	1 000 m ³	%	1 000 m ³	%	1 000 m ³	%
Eigenförderung						
aus Grundwasser und Quellen	53 800	54	51 950	50	60 360	54
aus Flüssen und Seen	38 520	39	42 825	41	42 494	38
aufgefangenes Regenwasser	-	-	134	0	134	0
Eigenförderung z. u. s.	92 320	93	94 909	92	102 988	91
Fremdbezug von Wasser	7 434	7	8 677	8	9 233	8
Wasseraufkommen insges.	99 754	100	103 586	100	112 221	100

Bei leicht steigender Menge des gesamten Wasseraufkommens (+ 8 Mill. m³ von 1959 bis 1961) haben sich die Anteile der einzelnen Herkunftsarten nicht entscheidend verändert.

Wasserverwendung

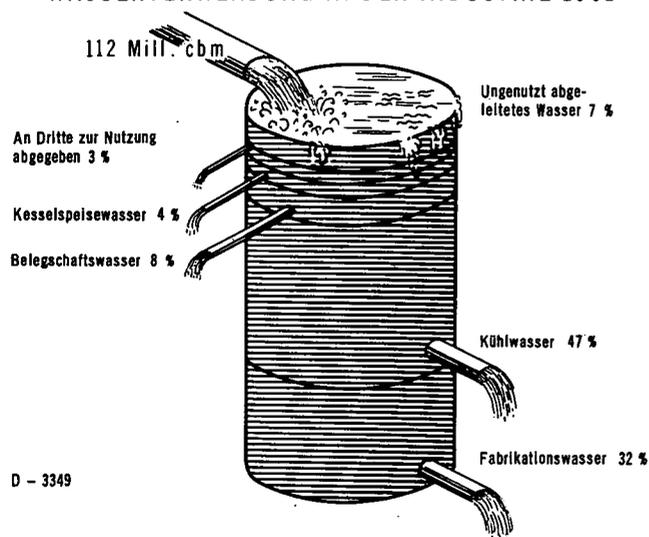
Von der überhaupt verfügbaren Wassermenge (112 Mill. m³) wurden etwas mehr als 100 Mill. m³ (90%) für betriebliche Zwecke genutzt. Ein kleiner Teil von etwa 3% wurde an andere Betriebe (vereinzelt auch an Privathaushalte) zur Nutzung abgegeben. Der Rest konnte nicht genutzt werden, sondern mußte (z. B. als Grubenwasser in Kalkgruben) ungenutzt abgeleitet werden.

Wasserverwendung

	1957		1959		1961	
	1 000 m ³	%	1 000 m ³	%	1 000 m ³	%
Kühlwasser	43 512	44	51 212	49	52 718	47
Kesselspeisewasser	3 559	4	3 902	4	4 019	4
Sonstiges Fabrikationswasser	37 431	36	33 141	32	35 830	32
Belegschaftswasser	3 267	3	5 348	5	8 608	8
An Dritte abgegeben	11 985	12	9 983	10	3 642	3
Ungenutzt abgeleitet					7 404	7
Wasserverwendung insgesamt	99 754	100	103 586	100	112 221	100

Der größte Teil des nutzbaren Wassers, und zwar 53 Mill. m³, diente als Kühlwasser. Gut ein Drittel (36 Mill. m³) fand als Fabrikationswasser Verwendung. Hierin sind auch jene Wassermengen enthalten, die unmittelbar in die Erzeugnisse eingehen (z. B. Bierproduktion). Für die Belegschaft der Betriebe als Trinkwasser, Waschwasser u. a. wurden fast 9 Mill. m³ Wasser verbraucht. Ein kleinerer Posten (4 Mill. m³) wurde als Kesselspeisewasser benötigt.

WASSERVERWENDUNG IN DER INDUSTRIE 1961



D - 3349

Aufkommen und Verwendung nach Industriegruppen

Die Betriebe der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sind sowohl an der Förderung als auch an der Wassernutzung maßgeblich beteiligt. Sie entnehmen ihren Wasserbedarf vorwiegend aus dem Oberflächenwasser. Bei einer Eigenförderung von rund 66 Mill. m³ kamen aus dem Oberflächenwasser 36 Mill. m³ (55%) und fast 30 Mill. m³ wurden dem Grundwasser entnommen. Genutzt wird das Wasser in erster Linie als Kühlwasser; mehr als die Hälfte des in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie überhaupt verbrauchten Wassers

diente diesem Verwendungszweck. Große Wasserverbraucher sind die Papierfabriken mit etwa 23 Mill. m³; hauptsächlich wird das Wasser hier als Kühlwasser gebraucht (18 Mill. m³). An zweiter Stelle folgen die Betriebe der Industriegruppe Steine und Erden mit knapp 18 Mill. m³ Gesamtverbrauch. Aus der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Gesamtverbrauch 26 Mill. m³) treten die Molkereien, Dauermilch- und Käsewerke mit etwa 9 Mill. m³ Verbrauch hervor; hier wird mehr als die Hälfte der verbrauchten Wassermenge (70%) als Kühlwasser genutzt.

Wasseraufkommen nach Industriegruppen 1961

Industriegruppe	Eigenförderung			Fremdbezug	Wasseraufkommen insgesamt
	zusammen	darunter			
		aus Grundwasser	aus Oberflächenwasser		
in 1 000 m ³					
Bergbau	44	44	-	1	45
Grundstoffe und Produktionsgüter	66 365	29 790	36 450	2 486	68 851
Investitionsgüter	7 995	7 256	739	1 946	9 941
Verbrauchsgüter	4 963	4 385	577	1 974	6 937
Nahrungs- und Genußmittel	23 621	18 893	4 728	2 826	26 447
Industrie insgesamt	102 988	60 368	42 494	9 233	112 221

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wird verhältnismäßig wenig Oberflächenwasser verwendet; hier liegt der Anteil bei etwa 20%, während in der gesamten Industrie etwa 40% der selbstgeförderten Wassermenge Oberflächenwasser war. Molkereien, Milchwerke u. ä. gewinnen ihren Wasserbedarf fast ausschließlich mit eigenen Brunnen aus dem Grundwasser. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Betrieben der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie, bei denen mehr als neun Zehntel der Eigenförderung dem Grundwasser entnommen werden; hier spielt auch der Fremdbezug von Wasser eine vergleichsweise größere Rolle als in den anderen Industriebereichen. Am gesamten Wasseraufkommen und dementsprechend auch an der Wasserverwendung der Industrie gemessen fallen die Mengen der Investitionsgüterindustrie (Eigenförderung 8 Mill. m³) und der Verbrauchsgüterindustrie (Eigenförderung 5 Mill. m³) allerdings nicht sonderlich ins Gewicht.

Kreislaufwasser

Eine besondere Art der Wasserversorgung ist dann gegeben, wenn ein Betrieb seinen Wasserbedarf ganz oder teilweise mittels eines Kreislaufsystems deckt, das auf dem Betriebsgelände

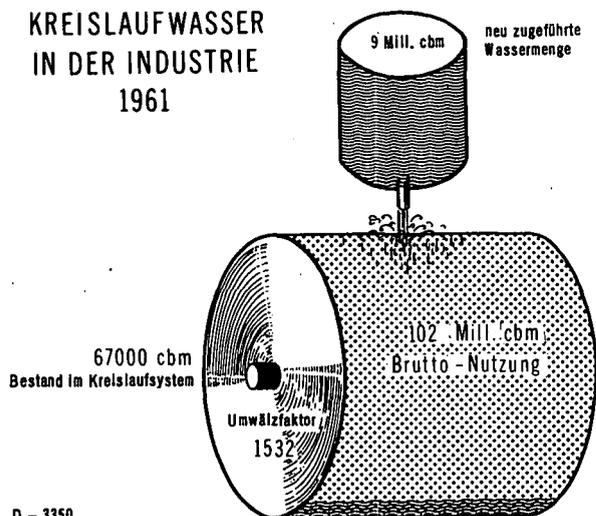
Wasserverwendung nach Industriegruppen 1961

Industriegruppe	Wassernutzung zusammen	Nutzung als				An Dritte abgegeben und ungenutzt abgeleitet	Wasserverwendung insgesamt
		Kühlwasser	Kessel-speise-wasser	sonstiges Fabrikations-wasser	Beleg-schafts-wasser		
in 1 000 m ³							
Bergbau	7	1	-	3	3	38	45
Grundstoffe und Produktionsgüter	60 928	33 621	1 979	19 582	5 746	7 927	68 855
Investitionsgüter	7 195	2 927	209	2 257	1 802	2 744	9 939
Verbrauchsgüter	6 862	770	357	5 260	475	71	6 933
Nahrungs- und Genußmittel	26 183	15 399	1 474	8 728	582	266	26 449
Industrie insgesamt	101 175	52 718	4 019	35 830	8 608	11 046	112 221

installiert ist. Dabei wird eine dauernd vorhandene Wassermenge (Bestandsmenge) einmal oder mehrmals täglich umgewälzt. Die Häufigkeit der Umwälzung ist abhängig von den jeweiligen technischen Produktionsbedingungen und dem Verwendungszweck des Kreislaufwassers. So wird z. B. Kühlwasser (diesem Zweck dient der größte Teil des Kreislaufwassers) mehrfach stündlich umgewälzt, während das bei Reinigungswasser unter Umständen nur einmal wöchentlich geschieht.

die Industrie 93 Mill. m³ zusätzlich aus dem Grundwasser oder dem Oberflächenwasser entnehmen müssen. Das ist etwa die gleiche Menge, die die Industriebetriebe ohne Kreislaufsysteme verbrauchten!

KREISLAUFWASSER IN DER INDUSTRIE 1961



D - 3350

Der wirtschaftliche Vorteil der Kreislaufsysteme liegt darin, daß mit einer vergleichsweise geringen Wassermenge ein großer wasserwirtschaftlicher Nutzeffekt erzielt wird: Im Jahre 1961 hatten 95 Betriebe ein solches Kreislaufsystem im Gebrauch. Die im Kreislauf durchschnittlich vorhandene Bestandsmenge betrug nur rund 67 000 m³ Wasser. Zur Ergänzung und Auffrischung dieser Bestandsmenge waren etwa 9 Mill. m³ Wasser, also ein Mehrfaches des Bestandes, erforderlich. Der "Nutzeffekt" entspricht jedoch einer Wassermenge von etwa 93 Mill. m³. Mit anderen Worten: ohne die vorhandenen Kreislaufsysteme hätte

Kreislaufwasser 1961

	Im Kreislauf durchschnittl. vorhandene Wassermenge 1 000 m ³	Jährlicher Umwälzfaktor	Jährlich genutzte Wassermenge (brutto)	Dem Kreislauf neu zugeführte Wassermenge
			1 000 m ³	
Allgemeine Industrie	50	1 934	97 575	7 761
darunter				
Sand/Kies	20	46	936	158
Hochofenwerk	6	4 380	24 966	1 179
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	16	279	4 516	1 329
darunter				
Zuckerindustrie	14	121	1 735	1 009
Summe	67	1 532	102 091	9 089
dagegen 1959	62	1 722	106 743	3 877

Wasserableitung

Nur ein geringer Teil des Wassers wird in der Industrie so verwendet, daß von Verbrauch² im eigentlichen Sinne gesprochen werden kann. Der weitaus überwiegende Teil wird lediglich gebraucht und muß nach Gebrauch in öffentliche Kanalisationsanlagen oder in Gewässer oder den Untergrund abgeleitet werden. Nur etwa ein Fünftel der gebrauchten Wassermenge gelangt in die öffentliche Kanalisation, vier Fünftel fließen in Gewässer oder den Untergrund. (Die Ableitung über betriebseigene Kanalisationsanlagen wird nicht zur öffentlichen Kanalisation gerechnet.) In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach dem Zustand des abgeleiteten Wassers von Interesse, das beim Gebrauch

1) Dieser Wert ergibt sich rechnerisch wie folgt: Bestandsmenge x Umwälzfaktor = Bruttonutzung; Bruttonutzung minus Neuzuführung = Nettonutzung

2) Verbraucht sind die Mengen, die in die Erzeugnisse eingehen, verdunsten oder versickern

häufig erheblich verschmutzt wird. Diese Verschmutzung kann die Reinheit des Grundwassers gefährden, wenn das schmutzige Wasser vor der Ableitung nicht vorbehandelt wird. Diese Vorbehandlung erschöpft sich nicht in einer einfachen mechanischen Reinigung, sondern muß eine im Sinne des Wasserschutzes effektive

Veränderung der Gesamtbeschaffenheit des Wassers bewirken.

Nach den Mengen, die ohne Vorbehandlung abgeleitet werden - 14 Mill. m³ in Gewässer und Untergrund, 9 Mill. m³ in öffentliche Kanalisation von insgesamt fast 100 Mill. m³ Ableitungswasser - könnte man leicht zu dem Schluß kommen, daß keine großen Schäden zu befürchten sind. Dem muß jedoch entgegengehalten werden, daß es hier nicht so sehr auf die Mengen ankommt, als vielmehr auf die Art der Verunreinigung (z. B. Altöle, chemische Substanzen), aus der Gefahren für die Bevölkerung entstehen können.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Wasserableitung 1961

	In öffentliche Kanalisation abgeleitetes Wasser		Unmittelbar abgeleitetes Wasser	
	Mill. m ³	%	Mill. m ³	%
Kühlwasser Vorbehandelt	6,9	37,0	41,5	52,4
Nicht vorbehandelt	2,4	13,1	15,4	19,4
Unverschmutzt Ungenutzt	8,9	47,6	14,3	18,0
	0,3	1,5	0,8	0,9
	0,1	0,7	7,3	9,2
Summe	18,7	100	79,2	100

Vergleiche auch: "Die Wasserversorgung der Industrie 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 253 (November)

Die Gewerbesteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein im Jahre 1961

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein knapp 50 000 Unternehmen zur Gewerbesteuer veranlagt. Das ist die Hälfte der zu diesem Zeitpunkt in Schleswig-Holstein gewerblich tätigen Unternehmen. Diese Unternehmen wiesen für die Besteuerung einen Gewerbeertrag von 1,46 Mrd. DM und ein Gewerbekapital von 3,6 Mrd. DM nach. Gegenüber 1958 erhöhte sich sowohl der Gewerbeertrag als auch das Gewerbekapital um jeweils ein Drittel, während die Zahl der Steuerpflichtigen um ein Fünftel abnahm. Dieser Rückgang hat jedoch keinen wirtschaftlichen, sondern einen rein steuerlichen Ursprung. Die Freibeträge für den Gewerbeertrag wurden 1961 um 4 800 DM von 2 400 DM auf 7 200 DM erhöht. Deshalb unterlagen 1961 viele Kleinbetriebe nicht mehr der Besteuerung. Da diese steuerliche Änderung für die Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung eine Vergleichsstörung darstellt, wird sie zunächst außer acht gelassen. Daher werden die Steuerpflichtigen mit einem Gewerbeertrag zwischen 2 400 DM und 7 200 DM in den folgenden Zahlen für 1961 mit nachgewiesen.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1958 bis 1961

Über 63 000 Unternehmen wiesen in Schleswig-Holstein im Jahre 1961 einen Gewerbeertrag von mindestens 2 500 DM¹ und ein Gewerbe-

kapital von mindestens 6 000 DM nach. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1958, als es knapp 62 000 gewesen waren, leicht erhöht. Der Gewerbeertrag belief sich insgesamt auf etwa 1,53 Mrd. DM und das Gewerbekapital auf 3,6 Mrd. DM. Während das Gewerbekapital von der Steueränderung unberührt blieb, wird beim Gewerbeertrag die Zuwachsrate von der Steueränderung beeinflusst. Die schleswig-holsteinischen Gewerbebetriebe erwirtschafteten 1961 einen um fast zwei Fünftel höheren Ertrag als drei Jahre zuvor. Für das Gewerbekapital errechnet sich daraus ein Meßbetrag von 7 Mill. DM und für den Gewerbeertrag ein solcher von 56 Mill. DM; zusammen ist das ein einheitlicher Steuermeßbetrag von 64 Mill. DM. Nach Multiplikation mit den gemeindeweise unterschiedlichen Hebesätzen (im gewogenen Landesdurchschnitt waren es - wie 1958 - 279%) ergibt sich ein Steuersoll von 178 Mill. DM. Das bedeutet, daß das Gewerbesteuersoll 1961 - ohne Erhöhung der Freigrenzen - um beinahe die Hälfte höher war als 1958, als es nur 121 Mill. DM ausmachte. Ebenso wie 1958 waren fast neun Zehntel dieses Steuersolls vom Gewerbeertrag und nur wenig mehr als ein Zehntel vom Gewerbekapital abhängig. Nur jeder zweite Steuerpflichtige hatte ein über der Steuerfreigrenze von 6 000 DM liegendes Gewerbekapital. Diese, die Steuerpflichtigen mit Gewerbekapital, wiesen allerdings ein durchschnittliches Gewerbekapital von nicht ganz

¹) bei diesem Betrag beginnt effektiv erst die Besteuerung

Die Gewerbesteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein 1958 und 1961

- 1961 einschließlich der Steuerpflichtigen mit Gewerbeertrag zwischen 2 400 und 7 200 DM, die nicht veranlagt wurden -

Zeitraum	Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung)						
	insgesamt	Gewerbeertrag	Gewerbekapital	Steuermeßbetrag nach dem		einheitlicher Steuermeßbetrag	Steuersoll
				Gewerbeertrag	Gewerbekapital		
Anzahl	Mill. DM						
1958	61 793	1 101	2 714	38	5	43	121
1961	63 488	s 1 530	3 634	56	7	64	178
Veränderung in %	+ 3	s + 39	+ 34	+ 48	+ 34	+ 47	+ 47

100 000 DM nach gegenüber knapp 90 000 DM im Jahre 1958. Die Steuerpflichtigen mit Gewerbeertrag steigerten ihren Ertrag im gleichen Zeitraum von 18 000 DM auf 25 000 DM.

Die wirtschaftliche Struktur des Landes Schleswig-Holstein hat sich zwischen 1958 und 1961 im wesentlichen nicht geändert und damit auch nicht die wirtschaftliche Gliederung der gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen. Daher kann unterstellt werden, daß auch 1961 ein Drittel der 63 000 Steuerpflichtigen dem Produzierenden Gewerbe angehörten und daß diese etwa die Hälfte des gesamten Gewerbeertrages erbrachten. Gut ein Drittel der Steuerpflichtigen werden im Verteilenden Gewerbe (Groß- und Einzelhandel) tätig gewesen sein und ein Drittel des gesamten Gewerbeertrages erwirtschaftet haben.

Das Gewerbesteuergesetz sieht eine Aufteilung der Meßbeträge vor, sofern ein Unternehmen über Betriebsstätten in mehr als einer Gemeinde verfügt. Diese Zerlegung wird auch über die Landesgrenzen hinaus vollzogen. Da sich aber die diesen Ergebnissen zugrunde liegende Erhebung nur auf Schleswig-Holstein erstreckte, mußte auf eine Erfassung der Zerlegung verzichtet werden, da sie nur unvollständig sein konnte. Sämtliche Daten sind also solche ohne Berücksichtigung der Zerlegung. Das bedeutet u. a., daß der einheitliche Steuermeßbetrag und das Gewerbesteuersoll in Wirklichkeit höher sind, da der Zerlegungssaldo für Schleswig-Holstein positiv ist.

Die regionale wirtschaftliche Entwicklung, die in den einzelnen Kreisen recht unterschiedlich war, kann nur an Hand der Meßzahlen dargestellt werden. Das ist jedoch kein Nachteil, da die Meßbeträge aus dem jeweiligen Gewerbekapital und dem Gewerbeertrag berechnet werden. Besonders breit war die Streuung der Zuwachsraten der Steuermeßbeträge des Gewerbeertrages, während sie beim Gewerbekapital - mit einer Ausnahme - nicht so groß war. Am günstigsten schnitten die Unternehmen in Flensburg-Land ab, deren Meßbeträge des Gewerbeertrages sich gegenüber 1958 verdoppelten; die des Gewerbekapitals nahmen um

die Hälfte zu. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Gewerbebetriebe des Kreises Flensburg-Land nach denen von Eiderstedt sowohl das niedrigste Gewerbekapital als auch den niedrigsten Gewerbeertrag unter allen Kreisen Schleswig-Holsteins auswiesen. Die Ausweitung des Steuermeßbetrages nach dem Gewerbeertrag der Pinneberger gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen um sieben Zehntel ist daher viel gewichtiger, da ihr Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag fast zehnmal so hoch ist wie der in Flensburg-Land. Auffallend sind die im Vergleich zu dem Durchschnitt der Kreise niedrigen Zuwachsraten des Steuermeßbetrages nach dem Gewerbeertrag in den kreisfreien Städten; die Gewerbebetriebe in den kreisfreien Städten

Die Entwicklung der Meßbeträge

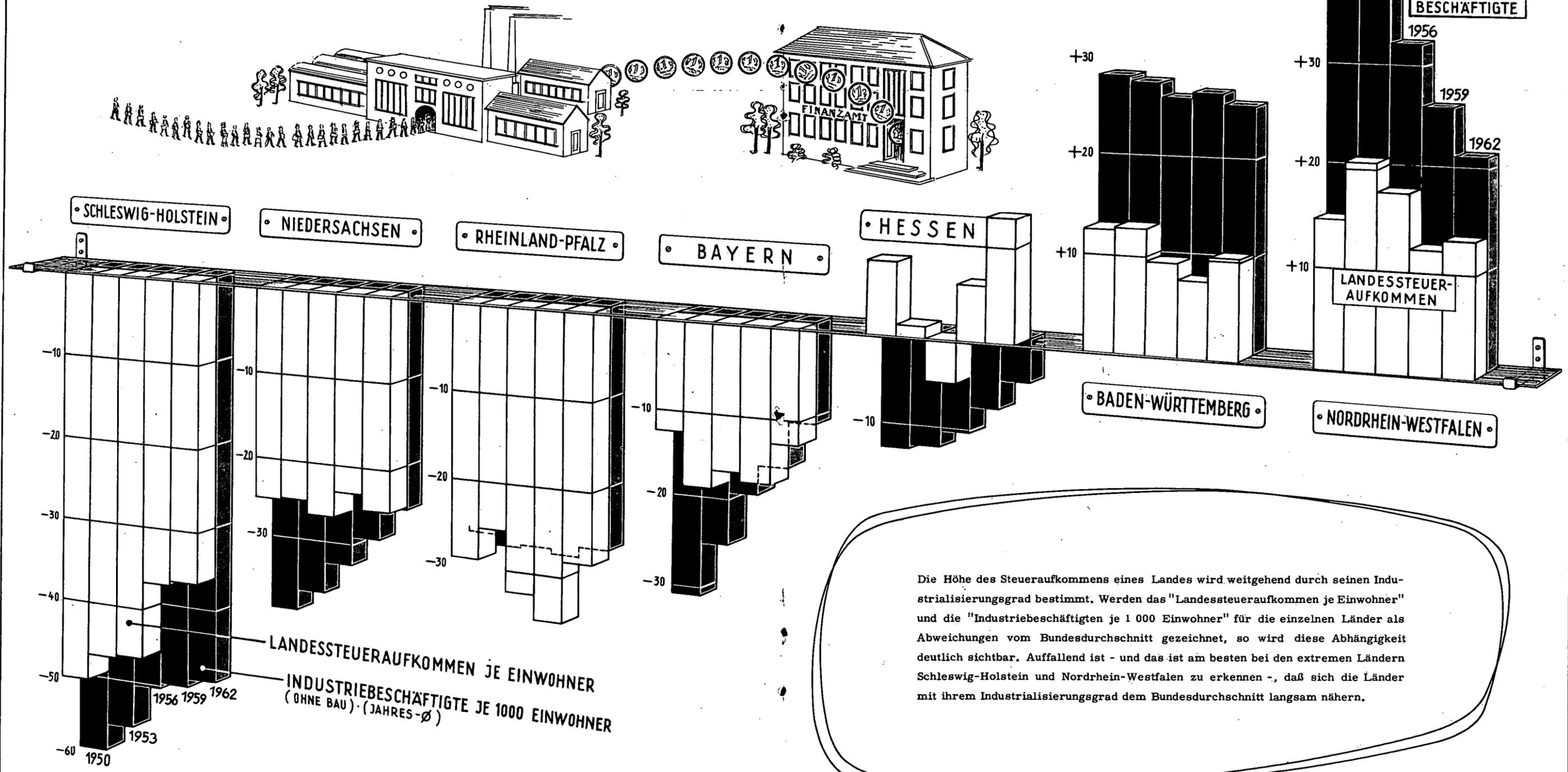
- einschließlich der Steuerpflichtigen mit Gewerbeertrag zwischen 2 400 und 7 200 DM, die 1961 nicht veranlagt wurden -

KREISFREIE STADT Kreis	Steuermeßbetrag nach dem Gewerbeertrag			Steuermeßbetrag nach dem Gewerbekapital		
	1958	1961	Veränderung in %	1958	1961	Veränderung in %
	1 000 DM			1 000 DM		
FLensburg	2 333	3 359	+ 44	338	442	+ 31
KIEL	6 584	8 808	+ 34	949	1 195	+ 26
LÜBECK	6 891	8 008	+ 16	1 065	1 433	+ 35
NEUMÜNSTER	1 313	2 040	+ 55	226	298	+ 32
Kreisfreie Städte	17 122	22 215	+ 30	2 578	3 368	+ 31
Eckernförde	468	791	+ 69	53	86	+ 62
Eiderstedt	177	288	+ 63	21	26	+ 24
Eutin	1 159	1 945	+ 68	136	186	+ 37
Flensburg-Land	337	696	+ 107	48	72	+ 50
Hzgt. Lauenburg	1 582	2 332	+ 47	191	283	+ 48
Husum	667	981	+ 47	72	106	+ 47
Norderdithmarschen	651	1 099	+ 69	72	108	+ 50
Oldenburg (Holst.)	875	1 491	+ 70	89	139	+ 56
Pinneberg	3 947	6 710	+ 70	466	699	+ 50
Plön	823	1 406	+ 71	85	142	+ 67
Rendsburg	2 609	3 685	+ 41	654	644	- 2
Schleswig	1 011	1 601	+ 58	147	205	+ 39
Segeberg	928	1 513	+ 63	104	149	+ 43
Steinburg	2 245	3 750	+ 67	277	396	+ 43
Stormarn	1 649	2 852	+ 73	211	264	+ 25
Süderdithmarschen	848	1 413	+ 67	86	161	+ 87
Südtondern	983	1 709	+ 74	84	153	+ 82
Kreise	20 958	34 262	+ 63	2 795	3 818	+ 37
Schleswig-Holstein	38 079	56 478	+ 48	5 373	7 186	+ 34

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND STEUERAUFKOMMEN

IN DEN JAHREN 1950 BIS 1962

Dargestellt als Abweichung vom Bundesdurchschnitt* in %



Die Höhe des Steueraufkommens eines Landes wird weitgehend durch seinen Industrialisierungsgrad bestimmt. Werden das "Landessteueraufkommen je Einwohner" und die "Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner" für die einzelnen Länder als Abweichungen vom Bundesdurchschnitt gezeichnet, so wird diese Abhängigkeit deutlich sichtbar. Auffallend ist - und das ist am besten bei den extremen Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu erkennen -, daß sich die Länder mit ihrem Industrialisierungsgrad dem Bundesdurchschnitt langsam nähern.

*) einschl. der Stadtstaaten berechnet

hatten schon 1958 eine günstige Ertragslage erreicht, die sich nur noch langsam steigern läßt, während die Entwicklung in den Kreisen noch nicht auf einer so hohen Ebene stand. Die durchschnittlich höchsten Gewerbeerträge erwirtschafteten immer noch neben dem Kreis Pinneberg die Unternehmen in den kreisfreien Städten.

Das Anlagekapital der Gewerbebetriebe, das sich in Schleswig-Holstein um ein Drittel ausdehnte, steigerte sich in den einzelnen kreisfreien Städten durchschnittlich, während in den Kreisen Schwankungen in der Entwicklung auftraten; im Kreis Rendsburg war sie sogar rückläufig. Das hängt jedoch mit dem Bau des Rendsburger-Nord-Ostsee-Kanal-Tunnels zusammen. Der Bau dieses Tunnels wurde einer Arbeitsgemeinschaft verschiedener großer Firmen übertragen, die 1957 ihre Arbeit aufnahm und 1961 abschloß. Diese Arbeitsgemeinschaft, die mit ihrem großen Maschinenpark ein beträchtliches Gewerbekapital repräsentierte, war 1958 im Kreis Rendsburg gewerbesteuerpflichtig und 1961 nicht mehr, so daß der Steuermeßbetrag des Gewerbekapitals in Rendsburg zurückging. In den Kreisen Süderdithmarschen und Südtondern nahm er mit beinahe neun Zehnteln und gut vier Fünfteln am stärksten zu. Am kapitalintensivsten waren 1961 die Lübecker Betriebe mit 201 000 DM durchschnittlichem Gewerbekapital vor denen in Kiel

(163 000 DM) und - trotz des Rückgangs - Rendsburg (147 000 DM). Die Gewerbebetriebe in Eiderstedt haben das geringste durchschnittliche Gewerbekapital (39 500 DM).

Einflüsse der Steuergesetzgebung

Wie schon eingangs erwähnt, wurde 1961 die Freibetragsgrenze für den Gewerbeertrag von 2 400 auf 7 200 DM erhöht. Die Folge davon ist, daß ein Steuerpflichtiger, der einen Gewerbeertrag unter 7 300 DM und nicht gleichzeitig ein Gewerbekapital von mindestens 6 000 DM nachweist, zur Gewerbesteuer nicht veranlagt wird und daß für alle anderen die ersten 7 200 DM Gewerbeertrag steuerfrei sind. Damit soll den steigenden Erträgen der Unternehmen und einer Entlastung der kleineren Betriebe Rechnung getragen werden. Gleichzeitig bedeutet dies aber für die Gemeinden einen Verlust an Steueraufkommen. Denn durch diese Erhöhung wurden 14 500 Steuerpflichtige mit einem durchschnittlichen Gewerbeertrag von 4 800 DM, insgesamt also 71 Mill. DM, zur Gewerbesteuer nicht mehr herangezogen. Da gleichzeitig für die Veranlagten die Gewerbeerträge bis 7 200 DM steuerfrei waren, konnte im Einzelfall ein Ausfall an Steuermeßbetrag bis zu 240 DM entstehen, der im Landesdurchschnitt eine Gewerbesteuer von 670 DM je Fall ergeben hätte.

Die Gewerbesteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein 1958 und 1961

Zeitraum	Steuerpflichtige Unternehmen (ohne Berücksichtigung der Zerlegung)						
	insgesamt	Gewerbeertrag	Gewerbekapital	Steuermeßbetrag nach dem		einheitlicher Steuermeßbetrag	Steuersoll
				Gewerbeertrag	Gewerbekapital		
	Anzahl	Mill. DM					
1958	61 793	1 101	2 714	38	5	43	121
1961	48 983	1 459	3 634	48	7	56	155
Veränderung in %	- 21	+ 33	+ 34	+ 27	+ 34	+ 28	+ 28

Insgesamt wurde ein Steuermeßbetragsausfall von 8,2 Mill. DM errechnet, was einem Steuersoll von 23 Mill. DM entspricht. Trotzdem stieg das Steuersoll um 34 Mill. DM auf 155 Mill. DM an. Um die Gemeinden jedoch nicht allein mit diesem Minderaufkommen zu belasten, zahlte

das Land Schleswig-Holstein für die Jahre 1961 und 1962 eine Ausfallentschädigung in Höhe von jeweils 17 Mill. DM.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Meßbeträge in Schleswig-Holstein", in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 196 (September)

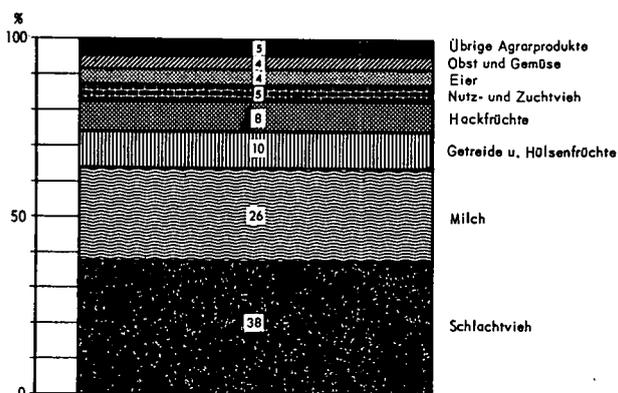
Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Im Gegensatz zu den sogenannten "Verbraucherpreisen", welche die privaten Haushalte für die von ihnen gekauften Waren bezahlen müssen, nennt man die Preise, welche die Hersteller beim Verkauf ihrer Produkte bekommen, "Erzeugerpreise". Die amtliche Statistik erfaßt Erzeugerpreise für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und industrielle Produkte¹. Für jede dieser drei Gruppen von Erzeugnissen berechnet das Statistische Bundesamt laufend Preisindizes.

Gegenstand dieses Aufsatzes ist der "Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte". Dieser Index soll ausdrücken, wie sich die Preise der Erzeugnisse, welche die Landwirtschaft produziert und über den Markt verkauft, im Durchschnitt ändern. Achtundsechzig verschiedene Erzeugnisse wurden in die Preisbeobachtung einbezogen, wie zum Beispiel Milch, Roggen, Weinmost und Suppenhühner. Diese Erzeugnisse sind sehr unterschiedlich am Gesamtumsatz der Landwirtschaft beteiligt. Das wird bei der Indexberechnung berücksichtigt. Jedes einbezogene Agrarprodukt erhielt nach seinem Anteil an den durchschnittlichen Verkaufserlösen, welche die westdeutsche Landwirtschaft in drei Wirtschaftsjahren vom 1. Juli 1957 bis zum 30. Juni 1960 erzielte, ein "Indexgewicht". Das untenstehende Bild veranschaulicht, welche Umsatzbedeutung und damit auch welche Indexgewichte die einzelnen Gruppen von Agrarprodukten haben².

D - 3333

Die Gewichtung beim Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte



Ein Viertel der Verkaufserlöse erbringt der Milchverkauf, das Schlachtvieh sogar fast zwei Fünftel. Der Anteil von Getreide und Hülsenfrüchten beläuft sich indessen nur auf ein Zehntel, bei den Eiern sowie bei Obst und Gemüse macht er lediglich je 4% aus. Mithin würde eine

1) vergleiche auch: "Die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet", in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 389 (Dezember)

2) vergleiche auch: "Die Neubasierung der Preisindizes für die Landwirtschaft", in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 675 (Dezember)

Änderung des Erzeugerpreises für Milch die Einnahmen der Landwirtschaft viel stärker berühren als eine verhältnismäßig gleich große Änderung der Getreidepreise. Ganz anders als für die gesamte Landwirtschaft können sich jedoch Änderungen der Erzeugerpreise für einzelne landwirtschaftliche Betriebe oder Gruppen von Betrieben auswirken. Eine Milchpreiserhöhung, die makroökonomisch gesehen für die gesamte Landwirtschaft zu höheren Verkaufserlösen führt, bringt für Landwirte, die sich auf Schweinemast und Ackerbau spezialisiert haben, keinen Pfennig mehr. Änderungen des Gesamtindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Agrarprodukte in einer Zahl ausdrückt, lassen also nur makroökonomische Schlüsse auf Änderungen der Verkaufserlöse der gesamten Landwirtschaft zu. Will man dagegen darauf schließen, wie sich Preisänderungen auf den Erlös einzelner Betriebe oder Gruppen von Betrieben auswirken, dann muß man deren Betriebsstrukturen und die Preisentwicklung der entsprechenden Gruppen von Agrarprodukten kennen. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht deshalb neben dem Gesamtindex auch Indexziffern für die folgenden Erzeugnisse³, (die Zahlen in den Klammern geben die Indexgewichte der betreffenden Gruppe oder Ware an):

Getreide und Hülsenfrüchte (10,3)	Pflanzliche Produkte (27,3)
Roggen, Weizen, Saatgut (1,3)	
Futtergerste, Braugerste, Hackfrüchte (8,2)	
Futterhafer, Speisekartoffeln, Hülsenfrüchte, Ölpflanzen (0,2)	
Heu und Stroh (0,2)	
Sonderkulturen (7,0)	
Tabak, Hopfen, Obst, Gemüse, Weinmost	
Tierische Produkte (72,7)	
Schlachtvieh (37,6)	
Ochsen, Bullen, Kühe, Färsen, Kälber, Schweine, Schafvieh, Schlachtgeflügel	
Nutz- und Zuchtvieh (5,1)	
Milch (25,9)	
Eier (4,0)	
Wolle (0,1)	

Der Gesamtindex und die Indexziffer der Hauptgruppe "Pflanzliche Produkte" werden jeweils einmal mit und einmal ohne die Sonderkulturen berechnet. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß die "veredelten" Agrarprodukte Vieh, Milch, Eier und Wolle mehr als

3) in "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 4, Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft

sieben Zehntel der gesamten Verkaufserlöse der westdeutschen Landwirtschaft erbringen.

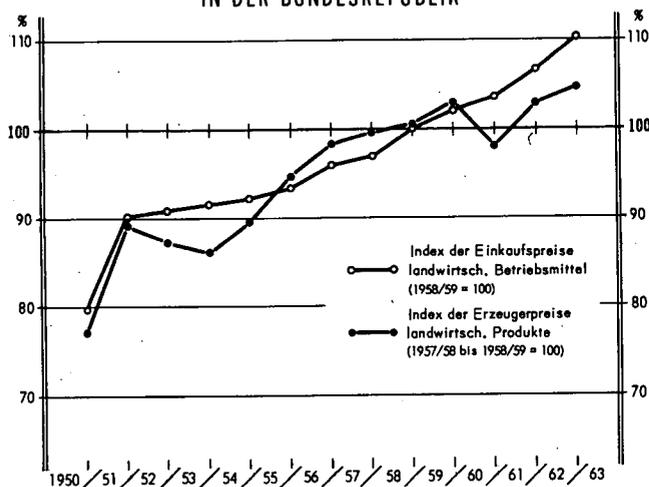
Ein Index bezieht sich immer auf ein Basisergebnis, das für gewöhnlich gleich 100 gesetzt wird. Dem Index der Erzeugerpreise der landwirtschaftlichen Produkte liegt als Basis das durchschnittliche Preisniveau der Wirtschaftsjahre 1957/58 und 1958/59 zugrunde. Der Gesamtindex für das letzte Wirtschaftsjahr (1962/63) lautet 104,6. Das bedeutet: Das Preisniveau der Agrarprodukte lag im letzten Wirtschaftsjahr um 4,6% über dem Preisniveau im Durchschnitt der beiden Basisjahre.

Langfristige Entwicklung

In den zwölf Wirtschaftsjahren von 1950/51 bis 1962/63 stieg der Gesamtindex der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte von 77,1 auf 104,6. Das durchschnittliche Preisniveau der Agrarerzeugnisse erhöhte sich also in dem betrachteten Zeitraum um 36%. Gut zwei Fünftel dieser Preissteigerung entstanden im Wirtschaftsjahr 1951/52, als die Koreakrise einen starken Nachfrageboom auslöste, der überall zu Preissteigerungen führte. In den beiden Wirtschaftsjahren danach sank der Erzeugerpreisindex der Agrarprodukte wieder etwas, wie das untenstehende Bild zeigt. Aber schon im anschließenden Wirtschaftsjahr (1954/55) wurde der Korea-Höchststand - drei Jahre nach seinem Entstehen - übertroffen. Auch in den beiden Wirtschaftsjahren darauf erhöhte sich der Erzeugerpreisindex der Agrarprodukte beachtlich. Insgesamt kletterte er in den drei Wirtschaftsjahren vom 1. Juli 1954 bis zum 31. Juni 1957 gegenüber 1953/54 um 14%. Der entsprechende Anstieg der nächsten beiden Dreijahreszeiträume belief sich indessen nur auf 4,6% und 1,7%. Von der gesamten Preissteigerung um reichlich ein Drittel, ereigneten sich mehr als drei Viertel in den ersten sechs Jahren und nur knapp ein Viertel in den letzten sechs Jahren.

D - 3334

DIE ENTWICKLUNG DER AGRARPREISE IN DER BUNDESREPUBLIK



Bei den industriellen Produkten verlief die Preisentwicklung ähnlich: in den zwölf Jahren von 1950 bis 1962 kletterte der Gesamtindex der Erzeugerpreise um ein Viertel. Somit haben sich auch die Erzeugerpreise der Industrieprodukte merklich erhöht, wenn auch im Durchschnitt nicht ganz so stark wie die der Agrarerzeugnisse. Die Preise der Industrieprodukte waren ebenfalls infolge des Koreabooms stark emporgeschwungen. Von der gesamten Verteuerung um ein Viertel ereigneten sich sogar 84% in den beiden Krisenjahren 1951 und 1952. Aber von der Tatsache, daß im Durchschnitt gesehen die Erzeugerpreise der Agrarerzeugnisse in den letzten zwölf Jahren verhältnismäßig stärker gestiegen sind als die Erzeugerpreise der Industrieprodukte, kann keinesfalls auf die Entwicklung der Gewinne in diesen Wirtschaftsbereichen geschlossen werden. Dazu sind die beiden Bereiche hinsichtlich der Produktionsverfahren, der Betriebsgrößen, der Kosten und des Absatzes zu unterschiedlich strukturiert. Bei der Landwirtschaft kommt noch die Abhängigkeit vom Wetter und vom Gedeihen des Viehs hinzu.

Wer sich mit der Preisentwicklung auf der Verkaufsseite der Agrarproduktion beschäftigt, den interessiert auch, wie sich die Preise der Güter änderten, die der Landwirt zur Erzeugung seiner Produkte einkaufen muß. Von der amtlichen Statistik werden die Preise dieser Güter laufend ermittelt. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig den "Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" in der oben zitierten Serie: "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 4"⁴. In den zwölf Wirtschaftsjahren von 1950/51 bis 1962/63 erhöhte sich das durchschnittliche Niveau der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel um 38%. Mithin sind die Einkaufspreise der Betriebsmittel in dem betrachteten Zeitraum um zwei Prozent mehr gestiegen als die Verkaufspreise der Agrarerzeugnisse. Die im Vergleich zu den Agrarprodukten stärkere Verteuerung der Betriebsmittel wurde durch den ungewöhnlich kräftigen Anstieg der Baupreise und die überdurchschnittliche Erhöhung der Preise für Maschinen und Reparaturen verursacht. Um beurteilen zu können, wie diese Preisänderungen auf der Einkaufs- und Verkaufsseite der Agrarproduktion die Gewinne der Landwirtschaft beeinflussen haben, müßte man auch untersuchen, wie sich die Agrarproduktion mengenmäßig entwickelt hat, in welchem Umfang Betriebsmittel eingesetzt und zugekauft wurden und wie die übrigen Kosten (z. B. die Lohnkosten) gestiegen sind. Solche Untersuchungen würden aber weit über den Rahmen dieses Aufsatzes

4) vergleiche hierzu auch: "Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 204 (September) und 1963, S. 79 (März)

hinausgehen und können deshalb hier nicht an- gestellt werden.

Die Preisentwicklung bei einzelnen Erzeugnissen

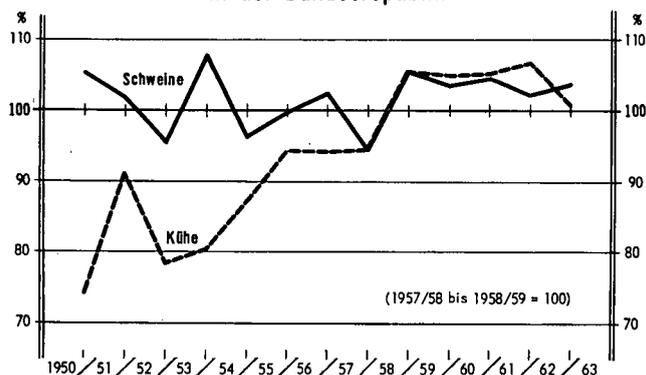
Ein Fünftel der Verkaufserlöse der west- deutschen Landwirtschaft wird durch den Ver- kauf von Schlachtschweinen erzielt. Wie aus dem dritten Bild hervorgeht, schwankten die Schweinepreise in den letzten zwölf Jahren um einen nahezu waagrecht verlaufenden Trend. Im Gegensatz zu den Rinderpreisen waren die Schweinepreise schon zu Beginn der Berichtszeit sehr hoch. Als mit der Währungs- reform die Bewirtschaftung der Lebensmittel aufgehoben wurde, begann sich der Konsum wieder den Vorkriegsverhältnissen anzunähern. Durch den industriellen Aufschwung ging die Arbeitslosigkeit zurück, und es wuchsen gleich- zeitig die Masseneinkommen. Infolge dieser günstigen Aufwärtsentwicklung setzte eine starke Nachfrage nach hochwertigen Lebens- mitteln ein. Diesen Nachholbedarf an besseren Nahrungsmitteln hat man treffend "Freßwelle" genannt. Die infolge der Freßwelle stark stei- gende Fleischnachfrage führte bei dem zunächst noch geringen Angebot an Schlachtschweinen in den Jahren 1949 und 1950 zu extrem hohen Schweinepreisen. Angeregt durch die hohen Erzeugerpreise, paßte die Landwirtschaft ihr Schweineangebot verhältnismäßig schnell der wachsenden Nachfrage an, so daß schon im Dezember 1951 der Vorkriegsbestand an Schlachtschweinen in der Bundesrepublik er- reicht wurde. Die extrem hohen Erzeugerpreise sanken darauf zusehends (vergleiche Bild). In den folgenden sechs Jahren von 1953/54 bis 1958/59 schwankten die Schweinepreise auch noch im Jahresdurchschnitt ziemlich stark. Erst in den letzten vier Wirtschaftsjahren ist ein einheitlicher Preisverlauf festzustellen. Dies kann als Erfolg der langjährigen Bemü- hungen um einen besseren Marktausgleich ge- wertet werden. In den letzten vier Jahren lag

das durchschnittliche Niveau der Schweine- preise um 3% über dem des vorhergehenden Vierjahreszeitraums, so daß sich die ausge- gleicheneren Erzeugerpreise für Schlacht- schweine außerdem durch ihr höheres Niveau auszeichneten.

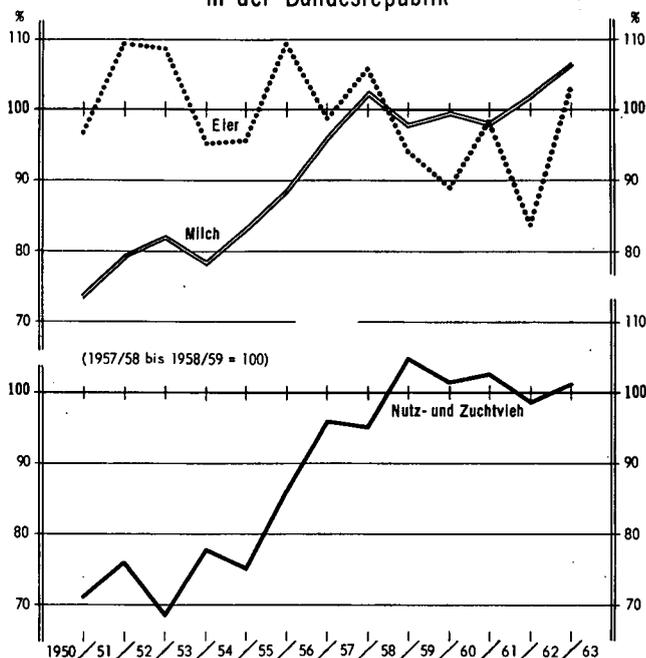
Aus dem Verkauf von Schlachtrindern erzielt die westdeutsche Landwirtschaft ein Sechstel ihrer gesamten Verkaufserlöse. Im Gegensatz zur Entwicklung der Schweinepreise weisen die Rinderpreise einen deutlich steigen- den Trend auf. Am stärksten erhöhte sich der Erzeugerpreis für Kälber; er kletterte in den zehn Jahren von 1950/51 bis zu seinem bis- herigen Höchststand im Wirtschaftsjahr 1960/61 um gut die Hälfte. Die Erzeugerpreise der Schlachtkühe, Mastbullen und Ochsen stiegen in der gleichen Zeit um reichlich zwei Fünftel, während der Preisanstieg bei den Färsen nur knapp ein Drittel ausmachte. Im letzten Wirt- schaftsjahr (1.7.1962 - 30.6.1963) sind die Rinderpreise merklich zurückgegangen. Infolge einer Futterverknappung, die durch ungünstige Witterung entstanden war, kam es auf den Schlachtviehmärkten zu einem starken Über- angebot und damit zum Sinken der Erzeuger- preise.

Der auffallende Rückgang der Schlachtrinder- preise im Wirtschaftsjahr 1952/53 nach dem starken Emporschnellen während des Korea- booms hatte ähnliche Ursachen. Im Sommer 1952 ließ eine anhaltende Hitzeperiode das Futter sehr knapp werden, so daß die Bauern zu Notverkäufen gezwungen wurden. Der dadurch entstehende Angebotsüberhang drückte die

D - 3335
Meßziffern der Erzeugerpreise für Schlachtvieh in der Bundesrepublik



D - 3336
Meßziffern der Erzeugerpreise für Nutz- und Zuchtvieh sowie Milch und Eier in der Bundesrepublik



Erzeugerpreise herunter. In den folgenden drei Jahren von 1953/54 bis 1955/56 kletterten die Schlachtrinderpreise aber wieder beachtlich in die Höhe. Wegen der vorangegangenen Notverkäufe war das Angebot nunmehr kleiner, während die Nachfrage kräftig blieb. Der Fleischverzehr hatte den Vorkriegsstand nämlich noch nicht erreicht, und die Masseneinkommen stiegen von Jahr zu Jahr. Außerdem begann sich schon 1953 eine Abneigung gegen fettes Fleisch bemerkbar zu machen, so daß mageres und qualitativ gutes Fleisch immer mehr verlangt wurde.

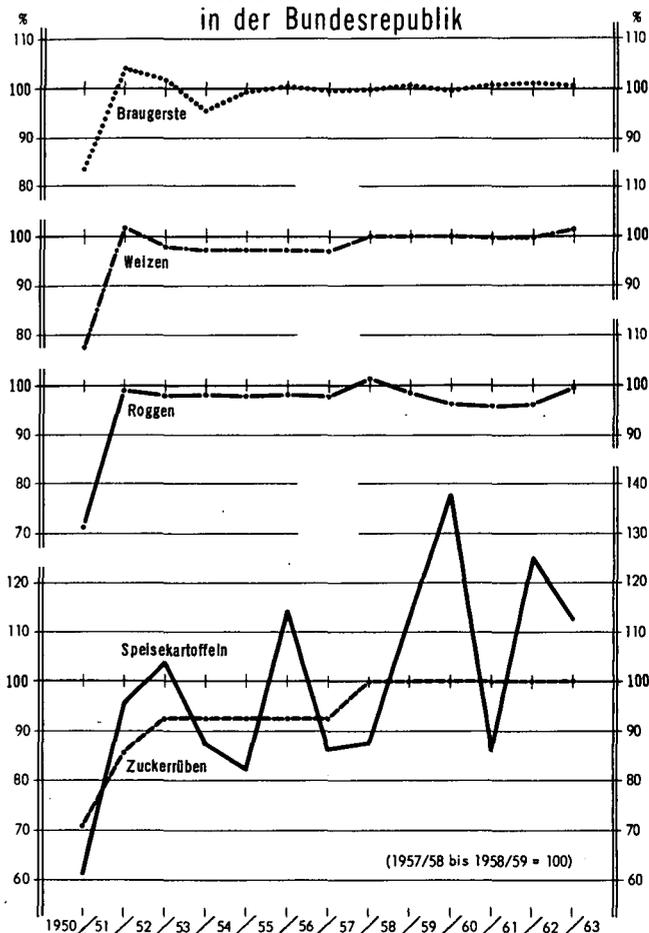
Fünf Prozent ihrer Verkaufserlöse nimmt die westdeutsche Landwirtschaft durch den Absatz von Nutz- und Zuchtvieh ein. Der weitaus größte Teil davon (70%) kommt aus dem Verkauf von Milchkühen, den Rest bringt der Ferkelabsatz. Denn die Pferde werden bei der Indexberechnung nur noch mit einem "Erinnerungsanteil" von 1% berücksichtigt. Die Preisindexziffer für Nutz- und Zuchtvieh erhöhte sich in den zwölf Jahren von 1950/51 bis 1962/63 um 42%. Der Anstieg bis zum bisherigen Höchststand im Jahre 1958/59 machte sogar 48% aus. Wie der Kurvenverlauf im Bild zeigt, kletterte die Preisindexziffer besonders in der Zeit von 1954 bis 1959 in die Höhe. Diese beachtliche Verteuerung des Nutz- und Zuchtviehs wurde durch die Tbc-Ausmerzung beim Milchvieh hervorgerufen. Die Tbc-Ausmerzung begann 1953 und lief 1960 aus. In dieser Zeit verkauften die Landwirte die auf die Tuberkulinprobe positiv reagierenden Rinder und ersetzten sie durch Tbc-freie. Diese Umstellung führte verständlicherweise zu einer starken Übernachfrage nach Tbc-freien und leistungsstarken Milchkühen und mithin zu steigenden Preisen. Als die Tbc-Ausmerzung abgeschlossen war, schwächte sich die Nachfrage wieder ab. Der Nachfragerückgang wurde noch dadurch beschleunigt, daß infolge der Dürreperiode im Sommer 1959 das Grünfutter sehr knapp war.

Die Einnahmen aus dem Milchverkauf machen gut ein Viertel der gesamten Verkaufserlöse aus. Das ist der größte Erlösanteil, den ein einzelnes Agrarprodukt überhaupt erzielt. Den nächst größten Erlösanteil erreichen die Schlachtschweine mit 20%. Der Erzeuger-Milchpreis stieg in den zwölf Jahren um 44%. Im letzten Wirtschaftsjahr (1962/63) lag er höher als alle Jahre vorher. Die Anhebung des Milchpreises hat mehrere Ursachen. Einerseits ist die Qualität der Milch verbessert worden. Die Milch stammt jetzt von Tbc-freien Beständen, und sie ist infolge besserer Fütterung und ständiger Zuchtauswahl fetthaltiger und wegen der Verwendung von maschinellen Melkanlagen sauberer geworden. Andererseits wird die Milchproduktion durch Mittel aus dem grünen Plan und Mittel aus den Länderetats subventioniert.

Der Eierverkauf bringt lediglich 4% der gesamten Verkaufserlöse. In den zwölf Jahren, die hier betrachtet werden, schwankte der Eierpreis um einen leicht fallenden Trend. Das starke Fallen des Eierpreises in den Wirtschaftsjahren 1958/59 und 1959/60 ist auf ein reichliches Inlandsangebot, das noch durch billige Importe verstärkt wurde, zurückzuführen. Anfang 1962 sank der Erzeugerpreis infolge der Liberalisierung auf den Tiefstand von 8 Pf je Ei. Da Gerüchte über die Einführung eines Mindesteinfuhrpreises schon frühzeitig umliefen, wurden die Eierexporte nach der Bundesrepublik in den folgenden Monaten noch verstärkt, so daß die deutschen Erzeugerpreise sehr niedrig blieben. Erst ab Ende 1962 begannen die deutschen Erzeugerpreise wieder zu steigen, weil das Angebot durch den kalten Winter zurückging. Das merkliche Klettern der Eierpreise im Jahre 1963 ist auf das geringere Auslandsangebot zurückzuführen. Die dänischen und holländischen Erzeuger haben unter dem Preisverfall auf dem deutschen Eiermarkt gelitten und ihre Hühnerhaltung merklich eingeschränkt. Hinzu kommt, daß sich die Marktordnung für Eier in der EWG, die am 30. Juli 1962 in Kraft getreten ist, 1963 allmählich einlief. Durch diese Marktordnung sind alle

D - 3337

Meßziffern der Erzeugerpreise für Getreide und Hackfrüchte in der Bundesrepublik



Erzeuger in der EWG durch Mindesteinschleusungspreise gegenüber extrem niedrigen Angeboten aus Drittländern geschützt. Sehr billige dänische Eier brauchen den deutschen Erzeuger nicht mehr zu beunruhigen, dagegen muß er weiterhin mit den niederländischen Erzeugern konkurrieren können.

Gut 5% ihrer Verkaufserlöse erzielt die westdeutsche Landwirtschaft aus dem Verkauf von Weizen, reichlich 3% aus dem Verkauf von Roggen und knapp 2% aus dem Verkauf von Braugerste. Dagegen machen die Verkaufserlöse von Futtergerste und Futterhafer zusammen nicht einmal 1% aus. Wie aus dem letzten Bild hervorgeht, haben sich die Erzeugerpreise von Weizen, Roggen und Braugerste nach der starken Anhebung im Jahre 1951/52 nur noch geringfügig geändert. Dieser nahezu konstante Preisverlauf ist das Ergebnis staatlicher Marktregulierung. Bis Ende Juli 1962 legte der westdeutsche Gesetzgeber mit den sogenannten Getreidepreisgesetzen Erzeugermindestpreise fest. Mit dem Beginn der EWG-Getreidemarktordnung am 31. Juli 1962 sind an die Stelle der Erzeugermindestpreise die sogenannten Interventionspreise für Weizen, Roggen und Gerste getreten. Die Grundrichtpreise, von denen sich die Interventionspreise je nach der Lage des Markortes ableiten, werden durch Verordnungen des Ministerrats der EWG festgelegt.

Der Erzeugerpreis für Zuckerrüben wird nach wie vor durch Verordnungen der Bundesregierung festgesetzt. Man erkennt schon an

dem über mehrere Jahre gleich bleibenden Preis, daß hier der Markt reguliert wird.

Einen extrem entgegengesetzten Verlauf weisen die Erzeugerpreise der Speisekartoffeln auf, die 4% der gesamten Verkaufserlöse erbringen. Kartoffeln werden frei gehandelt, ihr Erzeugerpreis ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Trotz der erheblichen Schwankungen kann man aus ihrer Preiskurve langfristig einen steigenden Trend ablesen. Der Durchschnitt aus den Preismaßziffern der sechs Jahre von 1951/52 bis 1956/57 beläuft sich auf 95, der entsprechende Durchschnitt der folgenden sechs Jahre bis 1962/63 beträgt hingegen 110. Das Angebot an Speisekartoffeln richtet sich nach der Menge und Güte der Kartoffelernte. So kam es im Wirtschaftsjahr 1958/59 wegen einer gering ausgefallenen Ernte bei starker Nachfrage nach Einlagerungskartoffeln in der Zeit von Oktober bis Januar laufend zu Preiserhöhungen. Ein Jahr darauf brachte die große Trockenheit bei den frühen Sorten nur eine kleine Ernte. Die Folge davon waren stark steigende Kartoffelpreise in den Monaten Juni und Juli. Die schlechten Ernteergebnisse in zwei aufeinanderfolgenden Jahren führten zu dem bisherigen Höchststand der Kartoffelpreise im Wirtschaftsjahr 1959/60. In diesen zwei Jahren war der Erzeugerpreis für Speisekartoffeln um 57% in die Höhe geklettert; er fiel aber schon im Jahr darauf bis unter den Vergleichsstand (1957/58). Die Erträge einer guten Ernte hatten also ausgereicht, um die durch zwei ungünstige Ernten bewirkten überhöhten Preise abzubauen.

Dr. Enno Heeren

Pflanzenbestände in den Baumschulen Schleswig-Holsteins 1962 und 1963

Zu den Hochbaumschulerzeugnissen, von denen im folgenden die Rede ist, gehören Obstgehölze, Ziergehölze und Rosen, jedoch keine Forstpflanzen und Pappeln. Vergl. auch den Stat. Bericht CO/Gartenbauerhebung 1961 - 4

1961 gab es in Schleswig-Holstein 796 Betriebe, die auf einer Fläche von 1 759 ha Hochbaumschulerzeugnisse produzierten. Von den 796 Betrieben bauten 374 ausschließlich Hochbaumschulpflanzen an (Hochbaumschulen), 422 Betriebe bauten Hochbaumschulpflanzen und Forstbaumschulpflanzen an (Gemischtbaumschulen).

Von diesen 796 Hoch- und Gemischtbaumschulen zogen drei Viertel Rosen oder Rosenunterlagen heran. Die übrigen Hochbaumschulerzeugnisse verteilten sich auf weniger Betriebe. Nur ein Drittel der Betriebe vermehrte Obstgehölze.

Mehr als die Hälfte der Hochbaumschulfläche wurde von den Laub- und Nadelgehölzen für Straßen, Parks und Gärten eingenommen, weitere 29% von Rosen und Rosenunterlagen. Die Obstgehölze beanspruchten lediglich 14% der Hochbaumschulfläche.

Zahl der Fläche der Hoch- und Gemischtbaumschulen nach Art der Anzuchten in Schleswig-Holstein 1961

Baumschulerzeugnis	Betriebe mit Anbau		Fläche	
	Anzahl	%	ha	%
Obstbäume und -sträucher ¹	221	28	191	11
Obstunterlagen	146	18	53	3
Obstgehölze überhaupt	307	39	244	14
Laubgehölze für Straßen, Parks und Gärten	517	65	736	42
Nadelgehölze für Straßen, Parks und Gärten	352	44	219	12
Immergrüne Laubgehölze	183	23	58	3
Rosen und (oder) -unterlagen	612	77	502	29
Ziergehölze, Rosen, Rosenunterlagen überhaupt	781	98	1 515	86
Hochbaumschulerzeugnisse				
Försthaupt	796	100	1 759	100
Forstpflanzen ²	422	53	891	-

1) ohne Unterlagen 2) ohne Fläche der reinen Forstbaumschulen

Die Bestände der einzelnen Pflanzenarten in den Baumschulen Schleswig-Holsteins haben sich in den Jahren 1962 und 1963 zum Teil recht unterschiedlich verändert. Auffallend vermindert wurden in beiden Jahren die Bestände an heranwachsenden Obst- und Ziergehölzen, während auf der anderen Seite die Bestände an Rosenunterlagen von 1962 bis 1963 stark zugenommen haben.

Die Bestände an zwei- und mehrjährigen Apfel-Veredlungen waren 1961 auf einen hohen Stand angestiegen, der weder 1962 noch 1963 wieder erreicht wurde. Aus den Ergebnissen der letzten Jahre wird jedoch eine Verschiebung erkennbar von den hochstämmigen Formen zu den Halb- und Viertelstämmen. Die Veredlungen auf Typunterlagen lagen 1963 - nach einem Abfall 1962 -

auf etwa durchschnittlicher Höhe. Insgesamt waren 1963 rund 60% der Äpfel auf Typunterlagen, die restlichen 40% auf Apfelsämlingen veredelt. Diese Anteile waren in den vorhergehenden drei Jahren ähnlich.

Die einjährigen Apfelveredlungen aller Formen nahmen in den Vergleichsjahren fortlaufend ab, die auf Apfelsämlingen stärker als die auf Apfeltypen. 1963 wurde nur die Hälfte des Bestandes an einjährigen Apfelveredlungen insgesamt von 1960 nachgewiesen.

1962 waren infolge schlechter Anwuchsergebnisse auch die Bestände an Apfelunterlagen stark zurückgegangen. Bei den Typunterlagen setzte sich dieser Rückgang 1963 fort. Sämlinge dagegen erreichten infolge guter Anzuchtergebnisse annähernd den Stand von 1961. Im Gegensatz zu den einjährigen Veredlungen ist also bei den Unterlagen im letzten Jahr eine starke Verschiebung zugunsten der Sämlinge zu erkennen. Während 1962 nur 34% aller Unterlagen Sämlinge waren, waren es 1963 56%.

Insgesamt lassen die Ergebnisse der letzten vier Jahre - frühere Ergebnisse sind nicht voll vergleichbar - eine rückläufige Tendenz der Apfelvermehrungen erkennen.

Bei Birnen und Birnenunterlagen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei Äpfeln. Von den zwei- und mehrjährigen Veredlungen nahmen die hochstämmigen Formen von 1961 bis 1963 außerordentlich stark ab, während die halb- und viertelstämmigen Formen fortlaufend höhere Bestände aufzuweisen hatten. Viertelstämmige Birnen spielen im Erwerbsobstbau bisher nur eine relativ kleine Rolle. Die Bestände waren entsprechend kleiner und außerdem von 1961 bis 1963 stark rückläufig.

Kernobst und Kernobstunterlagen

Vermehrungsstufe	Art	Bestände				Veränderungen	
		1960	1961	1962	1963	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962
		1 000 Stück				in %	
Zwei- und mehrjährige Veredlungen mit Krone	Äpfel	405,5	489,1	448,3	459,2	- 8	+ 2
	davon						
	Hochstämmige ¹	7,5	21,5	12,6	10,0	- 41	- 21
	Viertel- und Halbstämmige ¹	133,3	159,3	165,8	167,3	+ 4	+ 1
	auf Typunterlagen	264,7	308,4	269,9	281,9	- 12	+ 4
Birnen		139,0	166,3	158,3	161,4	- 5	+ 2
	darunter						
	Hochstämmige ¹	7,2	17,2	10,3	6,3	- 40	- 39
	Halbstämmige	31,4	42,5	53,9	62,9	+ 27	+ 17
	Quitten²	12,5	13,7	9,6	5,9	- 30	- 39
Einjährige Veredlungen	Äpfel	663,5	565,6	491,8	324,9	- 13	- 34
	Birnen	162,9	157,1	112,2	52,4	- 29	- 53
Unterlagen	für Äpfel	4 829,6	4 356,0	3 307,7	3 374,6	- 24	+ 2
	für Birnen und Quitten	1 281,7	1 142,3	577,0	741,5	- 49	+ 29

1) auf Sämlingen

2) zwei- und mehrjährige Veredlungen in Sorten

Buschbäume und andere Formen zeigten kaum Veränderungen. In allen Jahren wurden hiervon etwa 65 000 Stück nachgewiesen. Von allen zwei- und mehrjährigen Birnenveredlungen waren 1963 rund 80% Halbstämme oder Buschbäume.

Die Bestände an einjährigen Birnenveredlungen nahmen im Verlauf der letzten drei Jahre außerordentlich stark ab (von 1960 bis 1963 um 68%). Die Veredlungen auf Birnensämlingen, die den größeren Anteil einnehmen, wurden stärker eingeschränkt als die auf Quittenunterlagen. Sehr stark abgebaut wurden auch die Bestände an Unterlagen für Birnen und Quitten.

Allerdings haben im letzten Jahr die Birnensämlinge wieder zugenommen, wenn auch die Stückzahlen der Jahre 1960 bis 1962 bei weitem nicht erreicht wurden. Die Quittentypen nahmen auch bis 1963 weiter ab auf 36% des Bestandes von 1960.

Die Quittenveredlungen, die ohnehin nur in relativ geringen Stückzahlen vorkommen, gingen von 1960 bis 1963 auf weniger als die Hälfte zurück. Hierfür dürfte die nachlassende Nachfrage von Seiten des Erwerbsobstbaus die Hauptursache sein.

Steinobst und Steinobstunterlagen

Vermehrungsstufe	Art	Bestände				Veränderung	
		1960	1961	1962	1963	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962
		1 000 Stück				in %	
Veredlungen mit Krone	Insgesamt	358,5	365,7	380,4	327,1	+ 4	- 14
	darunter						
	Süßkirschen	45,1	58,5	67,4	61,3	+ 15	- 9
	Sauerkirschen	166,7	149,6	162,9	143,9	+ 9	- 12
	Pflaumen und Zwetschen	95,6	108,3	108,5	91,7	+ 0	- 15
Einj. heranw. Veredlungen	Insgesamt	274,4	328,9	296,6	201,4	- 10	- 32
Unterlagen	Insgesamt	5 471,9	3 998,4	2 151,5	2 846,9	- 46	+ 32
	darunter						
	Prunus avium	1 728,1	1 795,5	991,3	1 101,5	- 45	+ 11
	Prunus mahaleb	2 063,4	522,7	424,7	618,9	- 19	+ 46

Die veredelten Steinobstgehölze zeigten in der Vergleichszeit bei den Hauptarten - Kirschen, Pflaumen und Zwetschen - nur schwache Veränderungen. Von 1960 bis 1962 stiegen die Bestände leicht an, bis 1963 nahmen sie in etwa gleichem Maße wieder ab. Pfirsiche und Aprikosen dagegen verloren weiter an Bedeutung. Bei Pfirsichen ist der Minderbestand 1963 gegenüber 1962 vermutlich auf schlechte Anwachsergebnisse zurückzuführen.

Stark eingeschränkt wurden - besonders von 1962 auf 1963 - alle Formen von heranwachsen-

den Steinobstgehölzen (einjährige Veredlungen). Das entspricht den bis 1962 verminderten Steinobstunterlagen. Von 1962 bis 1963 wurden die Bestände sämtlicher Arten von Steinobstunterlagen wieder aufgestockt.

Frostschäden dürften unter anderem die Ursache sein für die überaus starken Bestandsvermindierungen bei Walnüssen und Walnußsämlingen, die - gemessen an den Stückzahlen - ohnehin keine große Bedeutung haben. Von 1960 bis 1963 nahmen die Walnüsse (Heister und Stämme) von 6 400 auf 519, die Walnußsämlinge von 28 500 auf 2 000 ab.

Beerenobst

Art	Bestände				Veränderung	
	1960	1961	1962	1963	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962
	1 000 Stück				in %	
a) Pflanzen und Sträucher						
Himbeeren	517,0	441,0	406,3	508,7	- 8	+ 25
Johannisbeeren	2 477,8	2 024,8	2 140,8	2 108,7	+ 6	- 1
darunter schwarze Johannisbeeren	1 220,5	995,9	1 023,0	924,4	+ 3	- 10
Stachelbeeren	317,2	284,3	189,3	150,0	- 33	- 21
b) Stämme mit Krone						
Johannis- und Stachelbeeren	310,7	267,7	234,5	195,5	- 12	- 17
c) Ribes für Stämme	277,3	249,2	215,7	164,2	- 13	- 24

Die Haselnußbestände¹ nahmen dagegen seit 1961 wieder zu. 1963 wurden 43 500 Stück nachgewiesen.

Von den Beerenobstarten erreichten nur die Himbeeren annähernd den Stand von 1960. Bei den Johannisbeeren ist eine Einschränkung der schwarzen Sorten festzustellen, bei roten und weißen Sorten dagegen stiegen die Bestände an Sträuchern und Pflanzen nach dem Abfall von

1960 bis 1961 wieder stärker an. Johannisbeerstämme hielten in allen Jahren annähernd gleiche Anteile, wenn auch im Vergleich zu den Sträuchern die Bedeutung der Stämme nicht so groß ist wie bei den Stachelbeeren.

Bei den Stachelbeeren sind die Stämme relativ stärker vertreten als bei den Johannisbeeren. In den Vergleichsjahren ist hier jedoch bei allen Formen eine klar abnehmende Tendenz zu erkennen.

Ziergehölze (ohne Rosen)

Art	Bestände				Veränderung	
	1960	1961	1962	1963	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962
	1 000 Stück				in %	
Gehölze für Straßen, Parks und Gärten	5 112,8	8 007,8	6 868,0	4 644,8	- 14	- 32
Laubabwerfende Ziersträucher	5 010,0	6 654,0	6 007,6	6 796,3	- 10	+ 13
Heckenpflanzen	11 302,9	15 840,2	12 018,0	9 368,6	- 24	- 22
Immergrüne Gehölze, Moorbeet-, Schling- und Kletterpflanzen	1 985,5	1 921,6	2 259,1	2 149,0	+ 18	- 5

Von 1961 bis 1963 nahm der Gesamtbestand an Ziergehölzen (ohne Rosen) stark ab.

Eingeschränkt wurde vor allem die Anzucht von Laub- und Nadelgehölzen für Straßen, Parks und Gärten, weniger stark auch von Heckenpflanzen aus halbweitem und weitem Stand. Die starken

Bestandsverminderungen bei Rhododendron dürften durch Frostschäden verursacht sein.

Die Anzuchten von laubabwerfenden Ziersträuchern, sonstigen immergrünen Ziergehölzen und Moorbeetpflanzen sowie von Schling- und Kletterpflanzen wurden dagegen ausgedehnt.

Rosen und Rosenunterlagen

Art	Bestände				Veränderung	
	1960	1961	1962	1963	1962 gegen 1961	1963 gegen 1962
	1000 Stück				in %	
Rosen¹ insgesamt	11 756,0	15 087,5	11 891,1	12 107,9	- 21	+ 2
darunter Buschrosen, großblumig	4 716,8	5 905,5	5 393,9	5 255,5	- 9	- 3
Polyantharosen	6 292,0	7 998,1	5 438,6	5 848,5	- 32	+ 8
Rosenunterlagen² insgesamt	49 892,4	42 581,6	42 510,0	63 734,9	- 0	+ 50
darunter Rosa canina	5 149,3	3 083,2	1 741,1	1 609,8	- 44	+ 8
Edelcanina	22 019,5	14 468,9	18 077,6	27 507,3	+ 25	+ 52
Rosa multiflora/laxa	22 672,2	24 988,2	22 615,8	34 541,3	- 9	+ 53

1) im Vorjahr veredelt 2) im Herbst fertig für den Verkauf oder zur eigenen Aufschulung

Die einzelnen Rosenarten weisen unterschiedliche Veränderungen auf. Während Rosenstämme und Polyantharosen von 1961 bis 1962 sehr stark abnahmen, von 1962 bis 1963 jedoch wieder etwas verstärkt angezogen wurden, sind die Bestände an Buschrosen sowie Kletter- und Parkrosen in beiden Jahren geringfügig zurückgegangen.

Der Gesamtbestand an veredelten Rosen lag 1963 zwar wieder etwas höher als im Vorjahr,

blieb jedoch noch um etwa 20% unter dem des Jahres 1961.

Von den Rosenveredlungen waren 1963

48 % Polyantharosen
43 % großblumige Buschrosen
8 % Kletter- und Parkrosen und knapp
0,5 % Rosenstämme

Außerordentlich stark ausgedehnt wurde im letzten Jahr die Anzucht von Rosenunterlagen, teilweise eine Folge besserer Kulturergebnisse gegenüber dem nassen Anzuchtjahr 1961/62.

1) Haselnüsse zur Fruchtgewinnung

Anteil Schleswig-Holsteins
an den Beständen des Bundesgebietes 1962

Baumschulerzeugnis	Bundes- gebiet ohne Berlin	darunter Schleswig- Holstein	
	1 000 Stück		in %
1. Veredelte Obstgehölze mit Krone und Beerensträucher			
Kernobst	5 795,1	616,1	11
Steinobst	3 029,8	380,4	13
Schalenobst	162,7	38,9	24
Beerenobst	10 043,6	2 970,9	30
2. Übrige heranwachsende Obstgehölze			
Kernobst		604,1	
Steinobst	1 552,9	296,6	19
3. Obstunterlagen, Ernte Herbst des Erhebungs- jahres			
Kernobst	7 282,7	3 884,7	53
Steinobst		2 151,5	
Schalenobst (Walnußsämlinge)		13,1	
Beerenobst (Ribes für Stämme)	1 148,8	215,7	19
4. Ziergehölze			
Laub- und Nadelgehölze für Straßen, Parks und Gärten	20 867,3	6 868,0	33
Laubabwerfende Ziersträucher	14 450,4	6 007,6	42
Heckenpflanzen	22 585,8	12 018,0	53
Immergrüne Gehölze, Moorbeet-, Schling- und Kletterpflanzen	9 547,7	2 259,1	24
5. Rosen und Rosenunterlagen			
Rosen, vorjährige Veredlungen	25 665,3	11 891,1	46
Rosenunterlagen, Ernte Herbst des Erhebungsjahres	45 453,6	42 510,0	94

alle übrigen Arten zu. 1963 waren von den
Rosenunterlagen

54 % Rosa multiflora einschl. Rosa laxa
43 % Edelcanina
3 % Rosa canina und
0,1 % Canindstämme

Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Pflanzenbeständen des Bundesgebietes ist bei den einzelnen Baumschulerzeugnissen recht unterschiedlich. Mit dem Anteil an der Gesamterzeugung wächst nicht nur die Bedeutung der schleswig-holsteinischen Erzeugung allgemein, sondern auch die der jährlichen Veränderungen für die Entwicklung im ganzen Bundesgebiet.

Bei den Obstgehölzen ist allgemein ein höherer Anteil an Unterlagen als an veredelten Gehölzen mit Krone festzustellen. So hatte Schleswig-Holstein 1962 beispielsweise bei veredeltem Kernobst nur einen Anteil von 11% an den Gesamtbeständen des Bundes, an Kernobstunterlagen jedoch 53%. Bei Beerensträuchern hält Schleswig-Holstein einen beachtlichen Anteil von 30%.

Auch an Ziergehölzen besaßen die schleswig-holsteinischen Baumschulen hohe Anteile, von den Heckenpflanzen sogar mehr als die Hälfte.

Von den veredelten Rosen wurde fast die Hälfte in Schleswig-Holstein nachgewiesen. An Rosenunterlagen schließlich besaß Schleswig-Holstein 1962 einen überragenden Anteil von 94% am Gesamtbestand des Bundesgebietes.

Dr. Matthias Sievers

Von 1960 bis 1963 nahmen außer der Rosa canina, die fortlaufend an Bedeutung verlor,

Vergleiche auch: "Die Pflanzenbestände in den Baumschulen 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 251 (August).

Kurzberichte

Der Verkehr der Bundesbahn im Jahre 1962

Für das Gebiet Schleswig-Holsteins liegen dem Statistischen Landesamt über die Betriebs- und Verkehrsleistungen der Deutschen Bundesbahn fast gar keine Angaben vor. Das Land gehört zum Bereich der Bundesbahndirektion Hamburg, der neben Schleswig-Holstein und Hamburg auch der nördliche Teil Niedersachsens unterstellt ist. Im Gebiet dieser Bundesbahndirektion sind während des Jahres 1962 die Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen. Insgesamt wurden im Jahre 1962

36,2 Millionen Zugkilometer und 1 327 Millionen Wagenachskilometer gefahren. Im Jahre 1961 sind es nur 36,1 und 1 311 Millionen Zug- bzw. Wagenachskilometer gewesen.

Der Zuwachs an den Betriebsleistungen verteilt sich nicht gleichmäßig auf den Reise- und Güterzugverkehr. Im Reisezugbetrieb sind während des Jahres 1962 sogar die Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dem steht jedoch die Zunahme im Güter- und Dienstzugbetrieb gegenüber, dessen Leistungen stärker angestiegen sind, als sie im Reiseverkehr abgenommen haben. Die gefahrenen Zugkilometer im Reisezugverkehr nahmen von

25,0 Mill. auf 24,8 Mill. ab. Dagegen sind sie im Güterzugverkehr von 11,1 auf 11,4 Mill. angestiegen.

Auch im gesamten Bundesgebiet ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Die Zahl der gefahrenen Wagenachskilometer stieg von 21,6 Milliarden im Jahre 1961 auf 22,1 Milliarden im Jahre 1962 an. Die geleisteten Zugkilometer erhöhten sich zum ersten Male seit 1957 wieder gegenüber dem Vorjahr, und zwar um ca. 5 Mill. auf 570 Mill. Der Zuwachs fällt im wesentlichen auf den Güterzugverkehr, während im Reisezugverkehr die geleisteten Zugkilometer gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben sind.

Betriebs- und Verkehrsleistungen
der Deutschen Bundesbahn im Bundesgebiet 1961 – 1962

	1961	1962
Geleistete Zugkilometer (Mill.)	565	570
davon Reisezugverkehr	376	376
Güterzugverkehr ¹	189	193
Beförderte Personen (Mill.)	1 510	1 483
davon Schienenverkehr ²	1 206	1 150
Kraftwagenverkehr	304	332
Beförderte Güter ¹ (Mill. t)	327	329

1) einschl. Dienstgutverkehr 2) einschl. Schiffsverkehr

Quelle: Statistische Monatsübersichten der Deutschen Bundesbahn, herausgegeben von der Hauptverwaltung der DB, Frankfurt/Main

Die beförderte Personenzahl nahm im Jahre 1962 im Schienenverkehr weiter ab, während die Zahl der Personen, die mit Kraftomnibussen befördert wurde, gleichzeitig anstieg. Hierbei

hat sich die seit längerer Zeit beobachtete Entwicklung fortgesetzt, nach der auf der Schiene der Nah-, Berufs- und Schülerverkehr zurückgeht und der Fernverkehr weiter zunimmt. Dies ist unter anderem eine Folge des ständig zunehmenden Kraftwagenverkehrs:

Der Güterzugverkehr ist sehr stark von der Wirtschaftskonjunktur abhängig. Auch die Witterungsverhältnisse üben insofern einen Einfluß aus, als die Eisenbahn zusätzlich Transporte übernehmen muß, wenn andere Verkehrsträger ausfallen. Die Zunahme der beförderten Gütermengen während des Jahres 1962 dürfte zu einem erheblichen Teil hierauf zurückzuführen sein.

Über die auf den schleswig-holsteinischen Bahnhöfen verkauften Fahrkarten und bestimmte Abfertigungsleistungen liegen Landeszahlen vor. Im Jahre 1962 wurden in Schleswig-Holstein nur noch 11,9 Mill. Fahrkarten verkauft gegenüber 12,7 Mill. im Jahre 1961. Der Versand und Empfang von Gepäck und Expreßgut ist im gleichen Zeitraum gestiegen, und zwar der Versand auf 24 000 t und der Empfang auf 35 800 t. Im öffentlichen Güterverkehr der Bundesbahn hat insbesondere der Empfang von Wagenladungen um fast 300 000 t zugenommen. Er betrug im Jahre 1962 5,8 Mill. t. Das ist die größte Menge von Wagenladungen, die seit 1956 in Schleswig-Holstein empfangen wurde.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der Verkehr der Bundesbahn 1959 – 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 248 (August)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

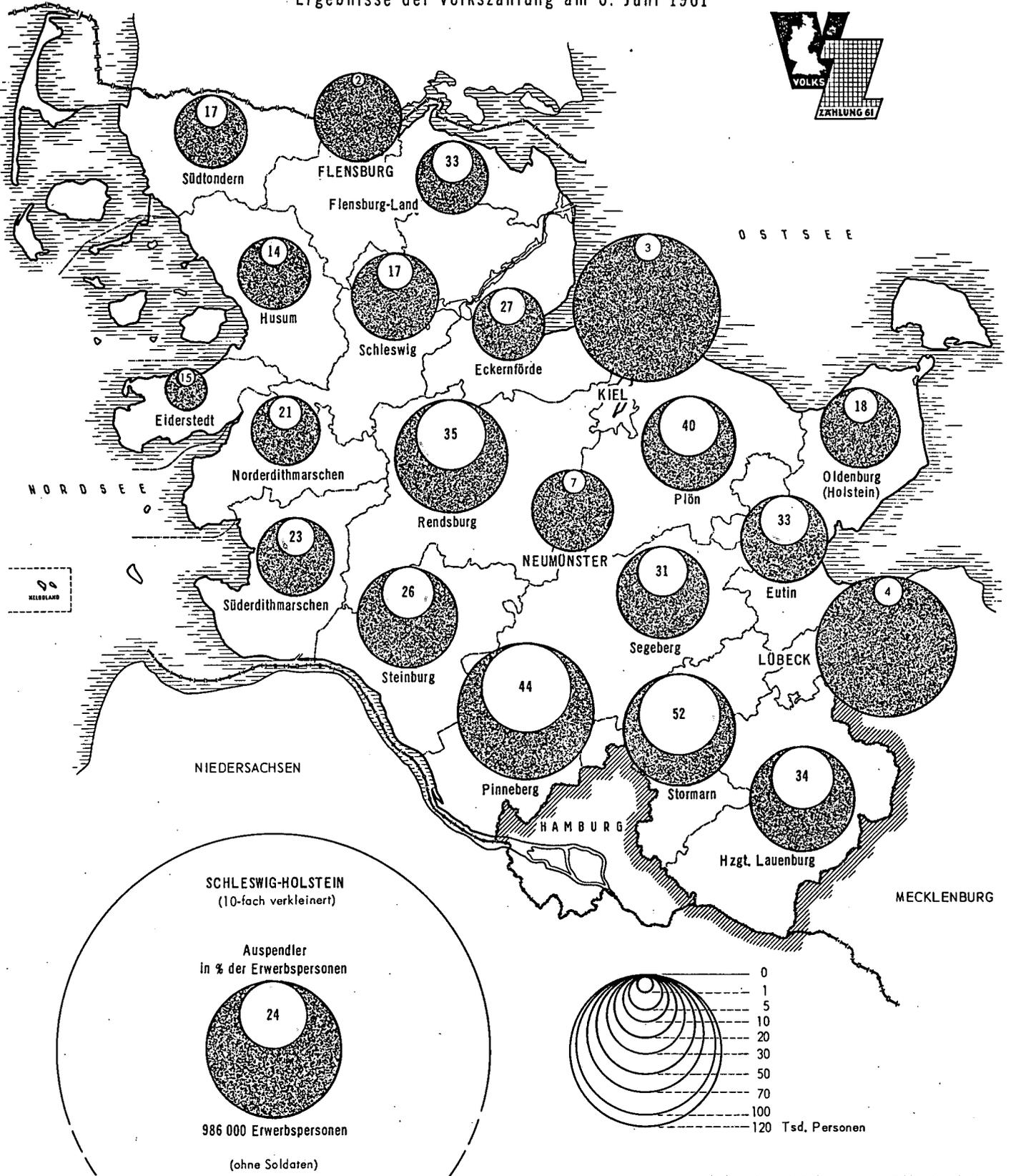
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

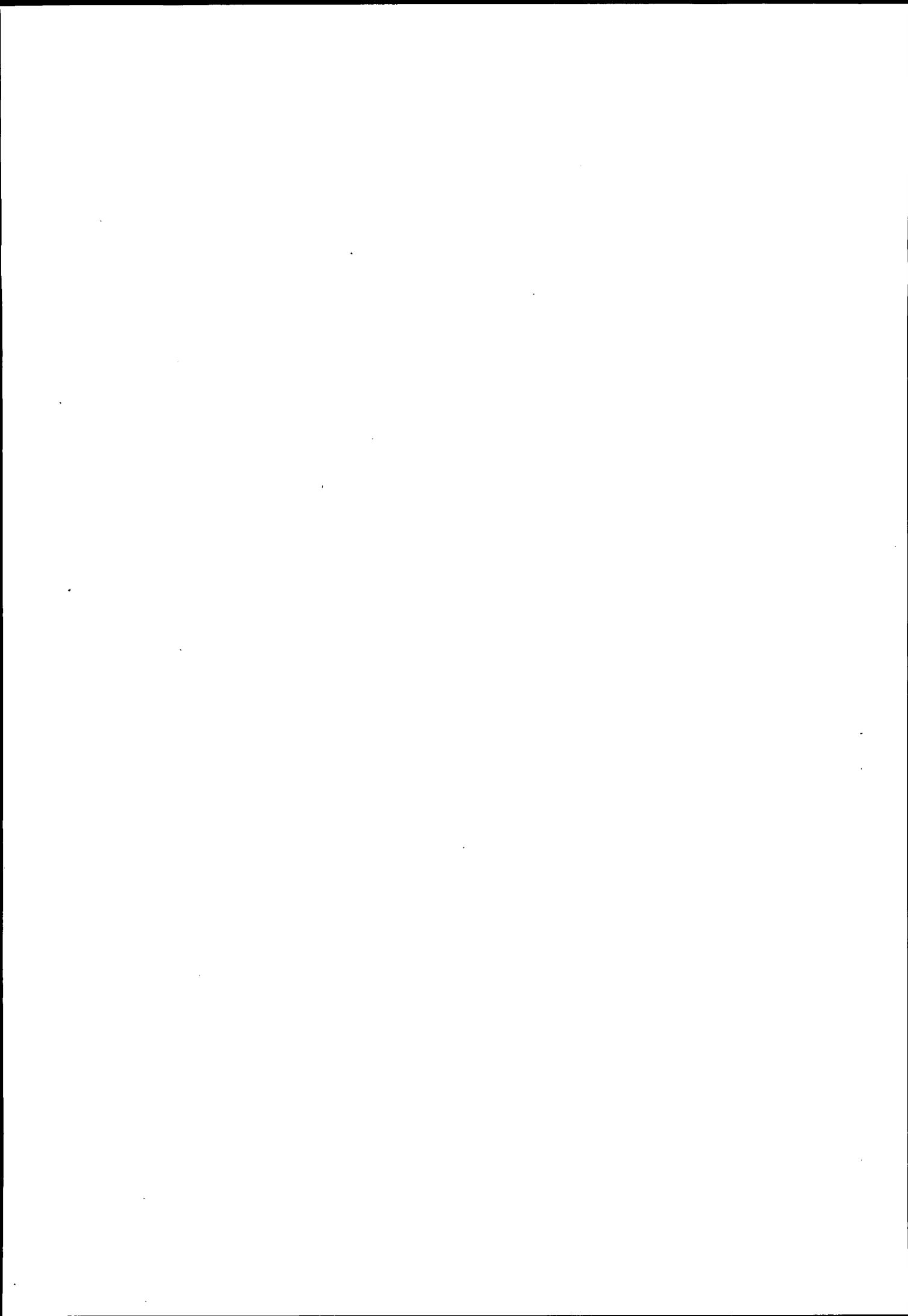
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

BERUFSPENDLER IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen

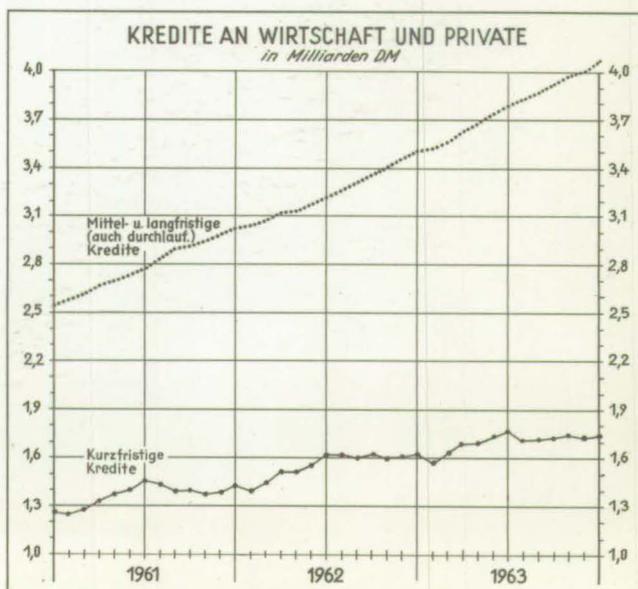
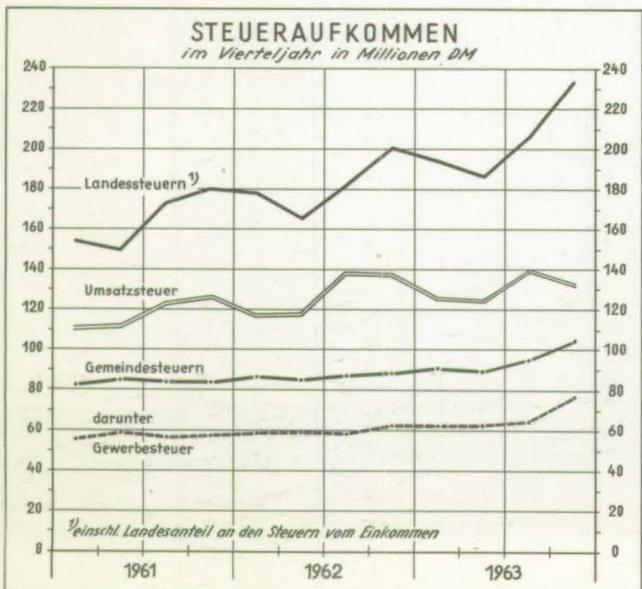
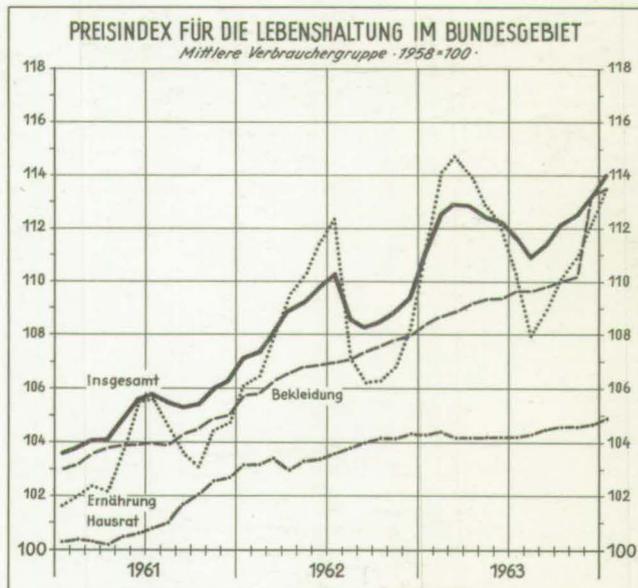
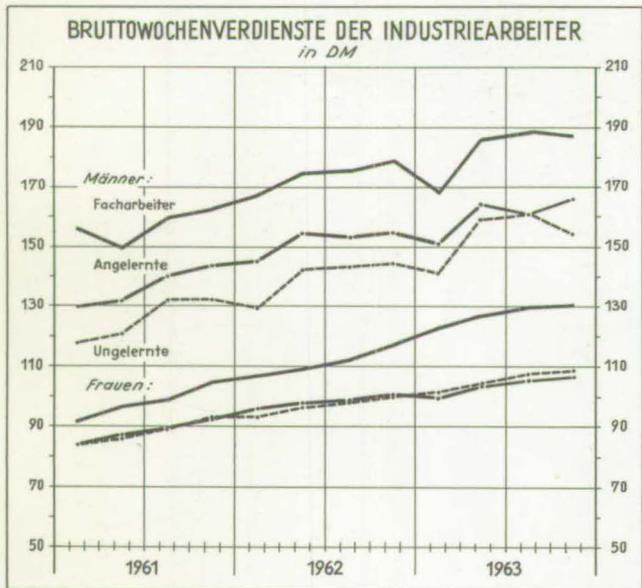
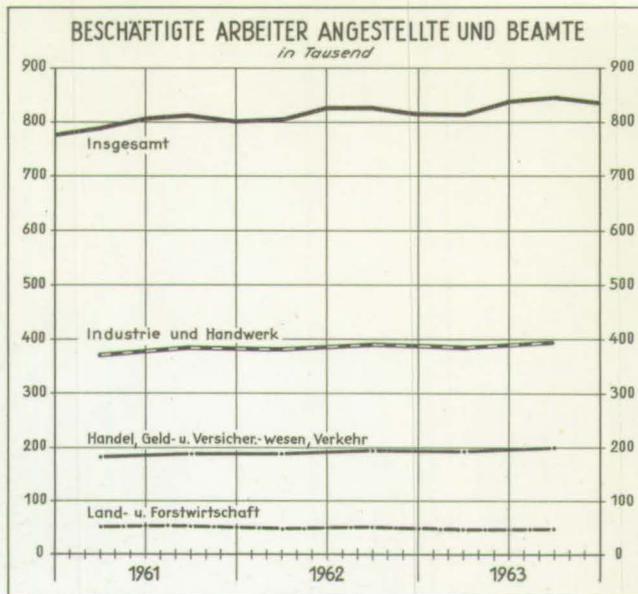
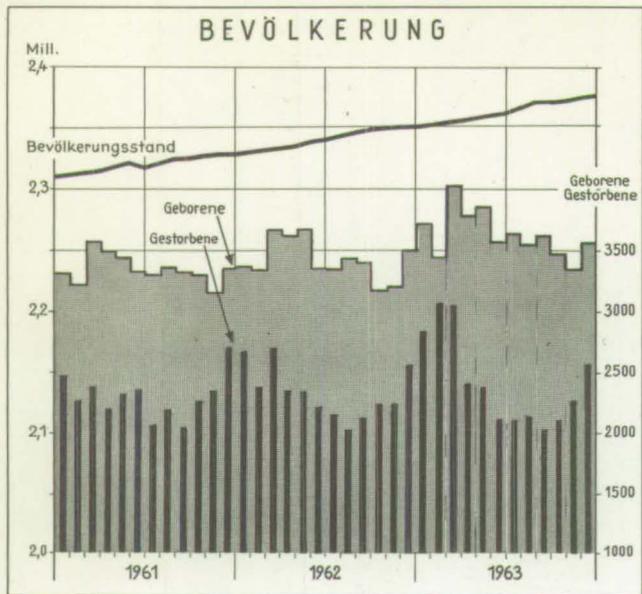
Ergebnisse der Volkszählung am 6. Juni 1961

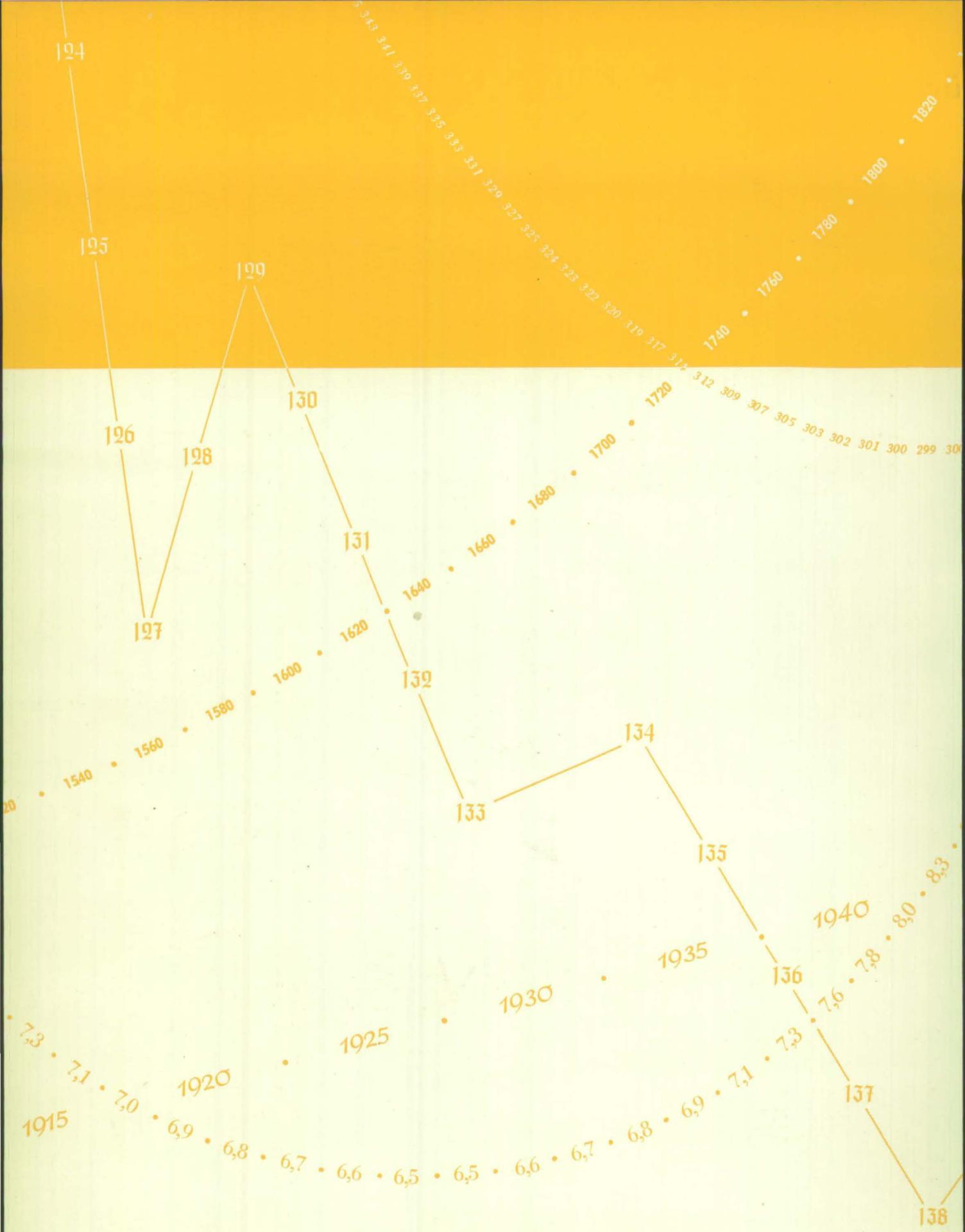




SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korsheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM. Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Bezugspreis erfüllt, da aus Verlagsfonds. Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen.